Nr. 5 ★ 17. Jahrgang

Berlin, 30. Januar 1909

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: Ernst Deinhardt, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg. Vergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg. Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Steine statt Brot.

p. h. Seit Jahrzehnten fordern die Arbeiter Preußens, daß ihnen endlich der gebührende Anteil an der Gesetzgebung zuteil werde. Seitdem die Arbeiter zum Klassenbewußtsein erwacht sind, seitdem sie als selbständige Klasse die politische Arena betreten haben, sind sie nicht müde geworden, bald in schärferer, bald in milderer Form den Kampf um das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu der gesetzgebenden Körperschaft des größten deutschen Bundesstaates zu führen. Aber je heftiger der Kampf wurde, je gebieterischer die Arbeiter ihrer berechtigten Forderung Nachdruck zu verleihen wußten, desto größer wurde auch der Widerstand der Kreise, deren Macht nur noch durch das erbärmliche Dreiklassenwahlsystem künstlich aufrechterhalten wird, und heute, im Jahre 1909, dem Jahre, in dem sich der dreiste Staatsstreich der Regierung, die Beseitigung des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts und die Oktroyierung des Dreiklassenwahlrechts, zum 60. Male jährt, heute sind wir glücklich so weit, daß die Regierung unter dem Jubel der Junkerclique dem um seine höchsten Rechte, um sein heiligstes Menschenrecht kämpfenden Proletariat ein neues Ausnahmegesetz in Aussicht zu stellen wagt. Steine statt Brot!

Gelegentlich der Generaldebatte zum Etat, am 19. Januar, hielt der preußische Ministerpräsident, der Kanzler des Deutschen Reiches, Fürst Bülow, es für angebracht, in höchsteigener Person im Abgeordnetenhause zu erscheinen, und nachdem er über alles mögliche und unmögliche gesprochen hatte, seinem bedrängten Herzen durch eine kleine Sozialistenrede Luft zu machen. Er bedauerte es, daß die früheren gesetzgeberischen Versuche, die „Auswüchse" der Sozialdemokratie zu bekämpfen, an der Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien gescheitert seien, und stellte es als möglich hin, „daß die Regierung im Laufe der Zeit genötigt sein wird, der Sozialdemokratie gegenüber den Weg der Gesetzgebung zu beschreiten und das, was sie auf diesem Gebiete für nötig hält, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen."

Wenn Fürst Bülow auch hinzufügte, die Regierung habe vorläufig noch nicht die Ueberzeugung gewonnen, daß die vorhandenen Mittel und deren stetige und furchtlose Anwendung nicht ausreichen, so hilft doch keine noch so gewagte Auslegungskunst der junkerlichen und der blockliberalen Presse darüber hinweg, daß in den zitierten Worten tatsächlich die Drohung mit einem neuen Ausnahmegesetz enthalten ist. Ein neues Ausnahmegesetz! Als ob die Arbeiter nicht heute schon unter Ausnahmegesetzen lebten! Als ob die staatsbürgerliche Gleichheit aller vor dem Gesetz für die Arbeiter anders als bloß auf dem Papier bestände!

Das also ist die Weisheit der heutigen Regierung. Daß die Arbeiterklasse sich durch diese Drohung abhalten ließe, den Weg zu gehen, den sie für den richtigen hält, ist ausgeschlossen. Im Gegenteil, sie nimmt den Kampf auf und wird nicht eher ruhen, als bis sie den Sieg davongetragen hat. Und sie hat um so mehr Ursache dazu, als der Reichskanzler in seiner Rede in bezug auf die dringende Wahlreform in Preußen so gut wie nichts gesagt hat. Die Vorarbeiten sollen im vollen Gange sein und mit großem Eifer betrieben werden; sobald sich auf Grund dieses Materials ein sicherer Ueberblick gewinnen lasse, werde der Minister des Innern mit weiteren Vorschlägen hervortreten.

Wie oft haben wir diese Ausrede schon gehört! Hätte die Regierung den ernsten Willen, dem preußischen Volke das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu geben, wahrlich, innerhalb weniger Stunden könnte eine solche Vorlage ausgearbeitet werden. Aber an dem guten Willen fehlt es ihr leider. Die Regierung will auch fernerhin das Volk entrechten, sie überlegt, ob sie dies Ziel nicht auf andere Weise erreichen kann als durch das Dreiklassenwahlsystem, und diese Ueberlegung, diese Vorbereitung eines neuen Attentats auf die Arbeiterklasse erfordert Zeit. Wie für andere Sterbliche gut Ding, so will für die preußische Regierung schlecht Ding Weile haben.

Das Dreiklassenwahlsystem bietet den herrschenden Klassen nicht mehr den genügenden Schutz. Ist es doch bei den letzten Wahlen sieben Sozialdemokraten gelungen, in das preußische Abgeordnetenhaus einzudringen und die Ruhe des Junkerparlaments zu stören! Allerdings sucht man sich dieser Hechte im Karpfenteich durch einen Gewaltstreich, wie er in der parlamentarischen Geschichte einzig dasteht, wieder zu entledigen. Vier von ihnen sollen gezwungen werden, die gastliche Stätte zu verlassen, weil der Berliner Magistrat die Wählerlisten falsch ausgestellt hat. Daß dann auch logischerweise die Mandate der freisinnigen Vertreter der Reichshauptstadt für ungültig erklärt werden müßten, kümmert die Mehrheit des Landtags wenig. Gewalt geht vor Recht, und die Scham ist bei gewissen Leuten längst zu den Hunden geflohen. Einen anderen sozialdemokratischen Vertreter läßt man auf der Festung schmachten und verhindert ihn durch eine gekünstelte Auslegung der Verfassung an der Ausübung seines Mandats. So ist man die unbequemen Dränger los und kann seine volksfeindliche Tätigkeit, die man 60 Jahre lang geübt hat, in aller Ruhe fortsetzen.

Kann und darf die preußische Arbeiterklasse sich das gefallen lassen? Wird sie es ruhig mit ansehen, wie man sie verhöhnt, wie man Schindluder mit ihr spielt, wie man Verrat auf Verrat an ihr übt? Nein und tausendmal nein! Die preußischen Arbeiter, die Fürst Bülow selbst als die intelligentesten der Welt erklärt hat, sind keine stummen Marionetten. Das Blut, das in ihren Adern fließt, muß ob solcher Niedertracht in Wallung geraten, ihr Gerechtigkeitsgefühl empört sich ob solcher Schmach, die man ihr antut, und die Empörung wird sich Luft machen in einer Weise, daß den herrschenden Klassen angst und bange wird. Zu Putschen freilich, wie es manch einer gern möchte, werden sie sich nicht hinreißen lassen, dazu sind sie zu diszipliniert, aber von ihren gesetzlichen Mitteln werden sie mehr als bisher Gebrauch machen, immer dichter werden sie sich zusammenschließen, um endlich die Stärke zu erlangen, die es ihnen ermöglicht, sich selbst in den Besitz der Macht zu setzen. Sind die herrschenden Klassen mit Blindheit geschlagen, merken sie nicht, daß sie auf einem Vulkan tanzen, oder aber wollen sie nach Art von Polizeiagenten die Arbeiter provozieren?

[illegible] Regierung und diejenigen Parteien, die den Arbeitern ihre Rechte vorenthalten, nicht davor zurückschrecken, ihnen fort und fort neue Lasten aufzuerlegen. „Unsere Zeit ist sozial und fordert mit Recht, daß die Minderbemittelten tunlichst geschont und bei der Verteilung der Lasten die Leistungsfähigkeit möglichst berücksichtigt wird." So sprach Fürst Bülow in derselben Rede, in der er ein Ausnahmegesetz an die Wand malte. Weiß der Kanzler des Deutschen Reiches, was er spricht? Wie kann er es wagen, von einer tunlichsten Schonung der Minderbemittelten zu reden in demselben Augenblick, wo nicht nur die Reichsregierung einen Beutezug in ungeahnter Höhe auf die Taschen des arbeitenden Volkes plant, sondern wo auch die gesetzgebenden Körperschaften Preußens im Begriff sind, selbst die geringen Einkommen von 1200 Mk. mit Steuerzuschlägen zu belegen! Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses hat in ihrer letzten Sitzung mit allen Stimmen gegen die des sozialdemokratischen Mitgliedes beschlossen, für die nächsten drei Jahre auf alle Einkommen von mehr als 1200 Mk. an, noch besondere Steuerzuschläge zu erheben, um die Mittel für die Erhöhungen der Beamtengehälter aufzubringen.

Ursprünglich beabsichtigte die Regierung nur, die höheren Einkommen von 7000 Mk. an zu neuen Steuern heranzuziehen, die übrigen Steuern aber durch eine besondere Besteuerung der Aktiengesellschaften und ähnlicher kapitalistischer Assoziationen aufzubringen. Die Kommission aber hat die Gesellschaftssteuer auf Aktiengesellschaften verworfen und statt dessen lieber eine Besteuerung derjenigen Schichten der Bevölkerung vorgezogen, deren Einkommen schon heute kaum zum Leben ausreicht. Und die Regierung hat diesen Ausweg als gangbar bezeichnet; sie hat sich mit den Vorschlägen der Kommission einverstanden erklärt.

Gewaltiger als je lastet die wirtschaftliche Krisis auf der Arbeiterklasse. Aber anstatt sich auf seine Pflicht zu besinnen, die Folgen der Krisis abzuschwächen und den Arbeitslosen zu helfen, hat der preußische Landtag den traurigen Mut, neue Steuern zu beschließen, Steuern, die am allerschwersten die Minderbemittelten treffen. Die Arbeiter, die man gewaltsam entrechtet hat, die Arbeiter, denen man ein neues Ausnahmegesetz in Aussicht stellt, zieht man zu immer höheren Lasten heran, zu Lasten für einen Staat, der ein Klassenstaat im ausgeprägtesten Sinne des Wortes ist.

Wem angesichts dieser Erscheinungen noch nicht die Augen geöffnet werden, wer da noch nicht erkennt, wie notwendig es für einen jeden Arbeiter ist, einzutreten in die Reihen des kämpfenden Proletariats, dem ist überhaupt nicht zu helfen. Auf diese fortgesetzten Ausbeutungs- und Unterdrückungsgelüste der herrschenden Klassen Preußens kann es nur eine Antwort geben: Ausbau der Arbeiterorganisationen, Zusammenschluß aller Arbeiter ohne Unterschied des Glaubens zu mächtigen Gebilden, die den herrschenden Klassen zurufen: Bis hierher und nicht weiter!

Der Arbeitskammergesetzentwurf vor dem Reichstag.

Der Gesetzentwurf über die Arbeitskammern hat die erste Lesung im Reichstage passiert und dort eine wider Erwarten gute Aufnahme gefunden. In erster Linie dürfte das dem schönen Vortrag zu danken sein, mit welchem der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg die Beratung einleitete. Besonders die Nationalliberalen waren von der formvollendeten Rede des Staatssekretärs entzückt, und ihr Sprecher, Freiherr Heyl zu Herrnsheim gab diesem Gefühl in begeisterten Worten Ausdruck. Tatsächlich hat sich auch der Vertreter der Reichsregierung große Mühe gegeben, für sein Kind Sympathien zu erwecken und in diesem Streben sogar Worte der Anerkennung für die Leistungen der Gewerkschaften gefunden, die man vom Regierungstisch sonst nicht zu hören gewohnt ist. Was in bezug auf die Organisierung der Arbeiter geschehen konnte, erklärte Herr v. Bethmann-Hollweg, sei von den Gewerkschaften getan worden, die überhaupt alles vollführt hätten, was von einer reinen Arbeiterorganisation in ihrem Wirkungskreis erwartet werden kann. Weiter rühmte der Staatssekretär die Umsicht, die Energie und das Organisationstalent der Gewerkschaften.

Aber dieses Lob auf die Gewerkschaften hatte einen bestimmten Grund; der Regierungsvertreter suchte damit zu beweisen, daß reine Arbeiterkammern unzweckmäßig seien, da ihnen neben den Gewerkschaften jede Betätigungsmöglichkeit fehlen würde. Um so mehr als die Kampfmittel der Gewerkschaften für staatliche Gebilde nicht anwendbar sind. Aufgabe des Staates sei es, nicht den wirtschaftlichen Kampf zu führen, sondern seine Ursachen zu beseitigen, seine Formen zu mildern und auf eine schnelle Beendigung hinzuwirken. Das hört sich ganz nett an; nur hat der Staatssekretär unterlassen, die Mittel zu nennen, welche die Staatsgewalt gegenwärtig zur Erreichung des angedeuteten Zweckes anwendet. Bekanntlich besteht das Eingreifen des Staates in der Regel in der Unterdrückung der kämpfenden Arbeiterschaft, und von dieser einseitigen Stellungnahme zugunsten der Unternehmer wird auch in absehbarer Zeit nicht abgewichen werden. Allerdings hütete sich Herr v. Bethmann-Hollweg, diesen letzteren Gedanken auszusprechen, um nicht die Wirkung seiner Rede abzuschwächen.

Dem Verlangen der Arbeiterschaft nach reinen Arbeiterkammern als Gegengewicht gegen die staatlich anerkannten Organisationen, wie Handelskammern, Handwerkskammern usw. begegnete der Regierungsvertreter mit dem Einwand, daß jene Unternehmerorganisationen beruflicher Natur sind, und daß sie aus freien Vereinigungen dadurch entstanden, daß sie legalisiert und autorisiert wurden. Den Arbeiterkammern würde dagegen die Berufsgemeinschaft gänzlich fehlen. Daß diese Begründung durchschlagend oder auch nur ohne weiteres einleuchtend wäre, wird man gerade nicht behaupten können.

Den Gedanken, den Arbeiterkammern die Aufgabe zuzuweisen, die Interessen der Arbeiter gegenüber der Sozialpolitik, der Wohlfahrtspolitik, der Verkehrspolitik, den Gemeinden usw. wahrzunehmen, weist der Regierungsvertreter mit der Begründung zurück, daß dieser Gedanke von der, seiner Ansicht nach irrigen, Voraussetzung ausgeht, daß sich die ganze Menschheit in zwei Klassen scheide, in Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wenn sich der Staatssekretär auch dagegen sträubt, den Begriff des Klassen-

staates anzuerkennen, so schafft er damit dessen Existenz doch nicht aus der Welt; und auch die sachlich gegliederte paritätische Arbeitskammer, der er die Aufgabe zuweist, die Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitern auszugleichen, wird diese Aufgabe nicht vollständig erfüllen können, weil aber die Klassengegensätze zu scharf sind, als daß sie sich auf so billige Weise beseitigen ließen.

Dieser Einsicht verschließt sich übrigens auch die Regierung nicht, aber sie erwartet schon einen Nutzen daraus, daß Unternehmer und Arbeiter zu gemeinsamen Beratungen zusammengeführt werden. In diesem Zusammenhang fühlte sich Herr v. Bethmann-Hollweg gedrungen, sein Bedauern darüber auszusprechen, daß das Großunternehmertum im Reichstag nicht ausreichend vertreten sei. Er fügte hinzu, daß er darauf gefaßt sei, wegen dieses Ausspruches angegriffen zu werden. An solchen Vorwürfen wird es auch nicht fehlen, denn angesichts der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstages eine noch stärkere Vertretung der Großindustrie herbeizusehnen, zeugt doch von einer recht eigenartigen Auffassung der Verhältnisse.

Der Staatssekretär hatte Recht, am Schlusse seines Vortrages zu betonen, daß er das Thema nicht erschöpfend behandelt habe; über viele Partien seiner Vorlage, und zwar besonders über die Teile, in welchen die speziellen Aufgaben der Arbeitskammern vorgezeichnet sind, war er vorsichtig hinweggegangen. Es blieb dem Vertreter der Arbeiter, dem Vorsitzenden der Generalkommission, Legien, vorbehalten, auf diese Momente hinzuweisen. Legien erkannte bereitwillig an, daß der neue Entwurf gegen den vom Februar vorigen Jahres wesentliche Verbesserungen enthält, doch machen diese Verbesserungen die Vorlage noch nicht annehmbar. Die Absicht des Gesetzes, einen Ausgleich zwischen den Interessengegensätzen herbeizuführen, bezeichnete er mit Recht als utopisch; ein gewisses Friedensverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern läßt sich nur herbeiführen, wenn man den Arbeitern die gleichen Rechte einräumt. Im einzelnen fordert er in erster Linie reine Arbeiterkammern, die territorial gegliedert sind. Die Arbeiterkammern, die nur eine gutachtliche Tätigkeit ausüben, sollen der Unterbau einer Organisation sein, an deren Spitze ein Reichsarbeitsamt stehen soll. Im Gegensatz zu der Vorlage verlangt er die Vertretung auch der Handels-, Schiffahrts- und Verkehrsgewerbe sowie der Betriebe, die unter der Verwaltung der Heeres- und Marineverwaltung stehen. Eine scharfe aber sehr berechtigte Kritik übte Legien an den Bestimmungen über die Wahlberechtigung, durch welche die Angestellten der Gewerkschaften von der Wahl zur Arbeitskammer ausgeschlossen sind. Diese Bestimmung ist um so gehässiger, als z. B. zu den Landwirtschaftskammern die Beamten der landwirtschaftlichen Vereine und gewisse Personen wählbar sind, die nicht praktische Landwirte sind; ebenso sind in die Handwerks- und in die Handelskammern Personen wählbar, die, ohne berufstätig zu sein, als Sachverständige gelten. Den Arbeitern, die unabhängige Vertreter zur Wahrnehmung ihrer Interessen besonders notwendig brauchen, will man es aber wehren, solche zu wählen. Zu bemängeln ist auch die bureaukratische Organisation der geplanten Arbeitskammern. Nach der Vorlage sind dem beamteten Vorsitzenden weitgehende Befugnisse eingeräumt, die gewählten Vertreter haben ihm gegenüber nur geringe Rechte. Ebenso wie für die Interessenvertretungen der Unternehmer muß aber auch für die Arbeiterkammer Selbstverwaltung gefordert werden.

Von den bürgerlichen Parteien wurde die Vorlage natürlich wesentlich günstiger beurteilt. Die Redner des Zentrums und der Konservativen betonten, daß sie dem Entwurf freundlich gegenüberständen, und der Freisinnige Goller schloß sich dem Loblied, das Herr v. Hehl auf den Staatssekretär gesungen, von ganzem Herzen an. Auch der christliche Gewerkschaftsvertreter Behrens fand manche gute Seite an dem Entwurf, zumal er, im Einverständnis mit seiner Gewerkschaftsrichtung, für paritätische Arbeitskammern eintritt. Er bemängelte die Nichtwählbarkeit der Gewerkschaftsbeamten und machte die kuriose Bemerkung, daß sich die Nichtöffentlichkeit der Verhandlungen empfehle, um die Arbeiter in den Kammern vor Maßregelungen zu schützen. Herr Giesberts von den christlichen Gewerkschaften hatte an der Vorlage auch mancherlei auszusetzen, es hatte aber den Anschein, als habe er hauptsächlich deshalb das Wort genommen, um ein wenig die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften gegeneinander zu hetzen. Die nachfolgende Rede des Genossen Severing dürfte ihn überzeugt haben, daß auf diesem Gebiet für ihn keine Lorbeeren zu ernten sind. Erwähnenswert ist noch die Rede des Polen Kulerski, der für reine Arbeiterkammern eintrat und mit seiner Kritik der Vorlage eine Schilderung des Verhältnisses zwischen Unternehmer und Arbeiter verband, die ihm mehr Beifall von den Sozialdemokraten als von seinen Parteifreunden eintrug.

Der Arbeitskammergesetzentwurf ist nunmehr an eine Kommission verwiesen, die ihn wohl in verschiedenen Punkten abändern wird. Nach dem Eindruck, den die erste Lesung gemacht hat, ist aber zu erwarten, daß die wesentlichen Gedanken der Vorlage Gesetzeskraft erlangen werden. Wenn dieser Fall eintritt, werden wir uns mit den Arbeitskammern abfinden; wir werden versuchen, sie nach Möglichkeit den Interessen der Arbeiterschaft dienstbar zu machen, doch geben wir uns keiner Täuschung darüber hin, daß die Arbeitskammern die Kluft nicht überbrücken werden, welche sich zwischen Unternehmern und Arbeitern ausbreitet.

Christliche Gewerkschaftstheorie.

II.

n. Nun liegt die Notwendigkeit, daß eine Gewerkschaftsbewegung im eigenen Interesse nicht an allen politischen Fragen vorübergehen kann, so klar zutage, daß auch die neue M.-Gladbacher Programmschrift gewisse Zugeständnisse machen muß. Wenn die politische Neutralität der Gewerkschaften erklärt wird, so soll, heißt es, „damit nicht gesagt sein, daß es gar keine politischen Fragen gebe, die die Gewerkschaften angehen. Im Gegenteil, an einem großen Teil der Sozialgesetzgebung haben die Gewerkschaften ein großes, unter Umständen ein Lebensinteresse, z. B. an der Gestaltung des Koalitionsrechts. Zu solchen Fragen darf und muß die Gewerkschaft Stellung nehmen". Und an anderer Stelle wird darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften nicht ohne ein entsprechendes Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrecht bestehen kann: „Das Gesetz muß ihre Lebensbedingungen sicherstellen. Dabei handelt es sich um sozialpolitische Minimalforderungen, mit denen die Gewerkschaft steht und fällt. Wenn bei der Sozialgesetzgebung die Lebensinteressen der Gewerkschaft auf dem Spiele stehen, kann sie nicht schweigen. In derartigen Fragen kann sie vor allem ihren Führern auch keine politische Bewegungsfreiheit gestatten."

Man sieht also, auch die christlichen Gewerkschaften erkennen die Notwendigkeit an, zu politischen Fragen Stellung zu nehmen und sich an der Parteipolitik — denn auf anderem Wege lassen sich derartige Fragen wie Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht nicht lösen — teilzunehmen. Bei solchen Fragen, meint die christliche Gewerkschaftstheorie, käme das gewerkschaftliche Lebensinteresse in Betracht und daher dürfe nicht an ihnen vorübergegangen werden. Ganz recht. Aber gibt es nicht noch andere Fragen, bei denen das gewerkschaftliche Lebensinteresse in Betracht kommt? Alle Sozialpolitik wird im Parlamente gemacht und hier wird auch über die Gestaltung des Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechts entschieden. Haben also die Gewerkschaften nicht auch ein Lebensinteresse daran, wie das Wahlrecht zu den Parlamenten beschaffen ist, muß ihnen nicht daran liegen, daß ein Wahlrecht wie das zum Reichstag erhalten und ein Wahlrecht wie das zum preußischen Abgeordnetenhause abgeschafft wird, da sie nur auf diese Weise hoffen können, die Stimme der Arbeiter zur Geltung und Fragen von gewerkschaftlichem Lebensinteresse zur Durchführung zu bringen?

Oder etwas anderes: Das Bestreben, den Lohn möglichst hoch zu gestalten, gehört zur hauptsächlichsten Tätigkeit der Gewerkschaften. Was aber wäre gewonnen, wenn den Arbeitern der durch eine falsche Wirtschafts- und Steuerpolitik erreichte höhere Lohn wieder genommen würde, wenn die Arbeiter zusehen müßten, daß die Ergebnisse ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit nicht ihnen, sondern den Agrariern zugute kämen, die sich der Gesetzgebung bedienen, um die Lebensmittelpreise zu erhöhen und dadurch die Lebenshaltung der Arbeiter herabzudrücken? Da hätten ja die Gewerkschaften nur für die Agrarier gearbeitet und die Kosten und Mühen der Organisation, die Entbehrungen eines langen Ausstandes nur für andere getragen. Auch Wirtschafts-, Zoll- und Steuerfragen können also zu Lebensinteressen für die Gewerkschaften werden, und demgemäß ist es Pflicht der Organisationen, ihre Mitglieder über derartige Fragen aufzuklären und wenn es nötig, zu derartigen Fragen Stellung zu nehmen, an die Seite der politischen Bewegung zu treten und auf diese Weise den ganzen Einfluß der Arbeiterklasse in Dingen, die ebensowohl politische wie gewerkschaftliche Bedeutung haben, einzusetzen.

Die christlichen Gewerkschaften dachten ehedem nicht viel anders über die Art und das Maß ihrer politischen Betätigung. In der schon erwähnten Programmschrift aus dem Jahre 1890 wird zwar auch die Entfernung aller Parteipolitik aus den Gewerkschaften gefordert, indem erklärt wird, daß bezüglich der Lohnfrage die Gesetzgebung nicht in Tätigkeit zu treten brauche (was bekanntlich — siehe die Angestellten und Arbeiter im Staatsbetriebe — nicht richtig ist). Dann aber heißt es:

„Bezüglich der sonstigen Arbeitsbedingungen muß freilich die Gesetzgebung in mancher Beziehung für den Arbeiter eintreten. Es müssen bestehende Gesetze verbessert und neue geschaffen werden. Es wird daher über alles dieses nach wie vor im Reichstage und im Abgeordnetenhause verhandelt werden. Aber damit wird es nicht nötig, daß eine Gewerkschaft als solche sich für einen Kandidaten ausspricht. Sie wird ihren Mitgliedern nur angeben, was das Arbeiterinteresse von einem Reichstagskandidaten verlangen muß, es wird dann aber weiter keinen Druck zugunsten irgend eines bestimmtes Kandidaten ausüben."

Hier wird also den christlichen Gewerkschaften in ziemlich weitem Maße das Recht und die Pflicht zuerkannt, bei Wahlen zu Fragen, die das Arbeiterinteresse betreffen — und welche Fragen betreffen nicht das Arbeiterinteresse? — Stellung zu nehmen, die Gewerkschaftsmitglieder in dieser Beziehung auf den rechten Weg zu leiten, also Parteipolitik im weitesten Umfange zu treiben. Dabei tut es selbstverständlich nichts zur Sache, ob dabei ein bestimmter Kandidat mit Namen empfohlen oder ob es den Mitgliedern überlassen wird, die Schlußfolgerungen selber zu ziehen und sich für denjenigen Kandidaten zu entscheiden, von dem die Wahrung der Arbeiterinteressen zu erwarten ist. Der Weg, den die M.-Gladbacher Programmschrift vorschlägt, ist etwas umständlicher, als wenn der Kandidat, der für die Arbeiter in Betracht kommt, einfach genannt würde. Grundsätzlich aber wird hier anerkannt, daß die christlichen Gewerkschaften bei Wahlen Stellung nehmen und Partei ergreifen müssen; die Parteipolitik wird ihnen zur Pflicht gemacht, denn wenn ihnen angegeben werden soll, was das Arbeiterinteresse von einem Kandidaten verlangen muß, so geht das nicht anders als durch Erörterung parteipolitischer Fragen, Verhältnisse und Bestrebungen. Die Christlichen gingen damals sogar soweit, eine besondere politische Frage zu bezeichnen, für die unter allen Umständen die Gewerkschaften einzutreten hätten. Es hieß nämlich in der ersten M.-Gladbacher Programmschrift: „Ein politisches Grundrecht gibt es, das keine Organisation antasten lassen wird und darf, weil es da niemals höhere Gründe geben kann, die einen Arbeiter zum Preisgeben dieses Rechtes bewegen dürfen. Dieses eine Grundrecht ist das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zum Reichstag. Sollte daher eine Partei hierin ihre Pflicht vergessen, dann muß eine Organisation auch als solche gegen sie Stellung nehmen."

Das bestätigt, was wir oben sagten, daß es außer den sozialpolitischen auch politische Fragen gibt, die zum Lebensinteresse der Gewerkschaften wie der gesamten Arbeiterbewegung gehören, und wenn die christlichen Gewerkschaften hierin nicht soweit gehen wie unsere Organisationen, so beweist das keine grundsätzliche Verschiedenheit, sondern lediglich einen Mangel an Konsequenz, der sich erklärt aus der Abhängigkeit der Christlichen von Parteien, denen gegenüber sie das Arbeiterinteresse in vollem Umfange nicht geltend machen können. Das hat sich gezeigt bei der Zolltarifdebatte im Jahre 1902, wo die christlichen Gewerkschaftsführer, um die Opposition des eigenen Gefolges gegen die agrarische Zollpolitik mit ihrer Verteuerung der Lebensmittel zu dämpfen, auf Geheiß des Zentrums diese Frage für eine „parteipolitische" erklären mußten, die aus der Diskussion in den Gewerkschaften auszuscheiden habe. Seit der Zeit sind die christlichen Gewerkschaften durch ihre Führer, die entweder schon ultramontane Abgeordnete sind oder es bald zu werden hoffen; dem Zentrum immer näher getreten, und so erklärt es sich denn, daß gegenwärtig die christliche Gewerkschaftstheorie auf dem Standpunkte angekommen ist, jeder politischen Betätigung in solchen Fragen, wo eine selbständige Stellungnahme dem Zentrum unangenehm sein könnte, zu entsagen. Deshalb heißt es in der M.-Gladbacher Programmschrift vom Jahre 1908:

„Fragen der allgemeinen Politik wie Fragen der Verfassung, Heer- und Flottenfragen, allgemeine Steuerfragen, die allgemeine Wirtschafts- und Handelspolitik sind nicht Sache der Gewerkschaftsbewegung und haben mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung nichts zu tun. Sie gehen den Arbeiter nicht als sogenannten Verkäufer seiner Arbeitskraft, also nicht als Arbeiter im engeren Sinne, sondern als Staatsbürger an. Je nach dem parteipolitischen Standpunkte kann die Stellungnahme der Arbeiter zu diesen Fragen sehr verschieden sein. Die Gewerkschaftsbewegung mit diesen Fragen belasten, hieße also die Einigkeit der Berufsgenossen gefährden und damit dem obersten gewerkschaftlichen Prinzip entgegenarbeiten."

(Schluß folgt.)

Zur Lage im Drechslergewerbe.

Verschiedene Versuche sind im Laufe der Zeit unternommen worden, um die Lage im Drechslergewerbe günstiger zu gestalten, aber ohne Erfolg. Kenner der einschlägigen Verhältnisse wissen gut genug, daß eine Besserung der Lage auf weite Zeit hinaus nicht zu erwarten ist. Denn neben den bekannten Erscheinungen in den früher bedeutendsten Branchen der Drechslerei lastet die allgemeine wirtschaftliche Krisis auf dem gesamten Gewerbe, machen sich in demselben die Wirkungen des Wucherzolltarifs immer schärfer fühlbar, wie auch die Kapitalherrschaft dem selbständigen Drechsler die Daseinsbedingungen außerordentlich erschwert. Auch sind es die Drechsler selbst, die sich ihr Handwerk immer schwieriger, mühevoller und unerträglicher gestalten, ständig nur darauf bedacht, die Arbeit zu den allerbilligsten Preisen zu liefern. Und doch haben schließlich die Drechslermeister nur der heutigen Situation im Drechslergewerbe ihre Daseinsberechtigung zu verdanken; denn fände der Kapitalismus in dem jetzt verarmten Gewerbe einen besseren Nährboden, so hätten hierin die kleingewerblichen Formen wohl keine Existenzberechtigung mehr. So aber reichen auch im Drechslergewerbe die Betriebsformen vom kapitalistischen Großbetrieb bis zur kümmerlichen Hausindustrie mit ihren bekannten Elendserscheinungen. Allerdings ist der selbständige Drechsler heute nichts anderes mehr, als der Handlanger des Großunternehmers, demselben bei der fortschreitenden Proletarisierung seines Standes getreue Helfersdienste leistend. Ein typisches Beispiel hierfür bietet die Ausbeutung des Diabolospieles, das dem Drechslergewerbe im Laufe dieses Jahres eine recht reichliche Arbeitsgelegenheit verschaffte. Mit 400 000 Mk. Stammkapital gründete sich zur Ausbeutung dieses Sportartikels in Berlin eine „Deutsche Diabologesellschaft" mit einer Zweigniederlassung in Frankfurt a. M. und doch befindet sich die eigentliche Produktion fast ausschließlich in den Händen der Kleinmeister, allerdings nur in dem Sinne, daß diese die Lieferanten dieser Gesellschaft bilden, wobei ihnen das zugute kommt, daß die Anwendung der Maschine infolge der Fasson des Diabolo und der hierzu verwendbaren Holzart vollständig ausgeschlossen, also ein noch handwerksmäßiger Betrieb möglich ist. An die Kleinmeister wendet sich in mehrfachen Inseraten die Düsseldorfer Firma Plaut u. Co. und fordert dieselben hierdurch auf, ihr Offerten zu machen, sowie die ganze Produktion an sie zu verkaufen.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Meldorf, Swinemünde, Herford (Voltmann Möbelfabrik), Jena (Grove), Basel, Bern und Vevey in der Schweiz, Budapest, St. Loup in Frankreich.

Korbmachern nach Berlin (Bergmann), Fürstenberg a. Oder, Guben, Hamburg (Heitmann), Schönebeck a. Elbe (Hildebrand), Tangermünde (Wwe. Vormann).

Klaviermachern nach Berlin (Bogs u. Voigt, Warschauer Straße), Zürich.

Pantinenmachern nach Treuenbrietzen (Bubel).

Vergoldern nach Ulm a. Donau (Geiß), Budapest.

Diese Firma gibt ihren täglichen Konsum an Diabolospielen auf 100 000 Stück an. Der Zweck derartiger Inserate ist ein mehrfacher. Einmal wird dadurch die ganze kapitalistische Ueberlegenheit gegenüber dem Handwerksmeister kundgegeben, wie auch die Absicht, durch die Vergrößerung der Produktion und durch deren Zentralisierung einen recht hohen Profit aus diesem dankbaren modernen Sportartikel herauszuholen, eine unverkennbare ist. Mit einer Summe Geldes sollen die Handwerker, die noch in „Eigenfabrikation" machen, abgefunden werden. Dadurch wird man lästige Konkurrenten los. Allerdings steht es dem Kleinmeister frei, für diese Firma zu produzieren, aber die Aufforderung hierzu durch Inserate läuft nur auf einen Wettbewerb von Konkurrenten hinaus: wer am billigsten zu arbeiten gewillt ist, bekommt seinen Teil. Alle Konkurrenten übertroffen hat gewiß ein Berliner Drechslermeister, der das komplette Diabolospiel für — 5 Pf. liefert inklusive des Materials. Wahrlich zur „Hebung des Handwerks" ist derselbe ein sehr brauchbarer Mann der Innungsleute.

Das Diabolospiel, das für Tausende von Drechslermeistern ein teilweiser Ersatz für die ihnen entgangene Bau- und Möbelarbeit war, ist jedoch aus den schon hinlänglich bekannt sein dürfenden Ursachen wieder im Verschwinden begriffen. Leider; denn es ist nicht zu verkennen, daß durch diesen Sportartikel, den das konsumierende Publikum verhältnismäßig recht teuer hat bezahlen müssen, das Gewerbe ein wenig wieder belebt wurde. Daraufhin ist es wohl auch zurückzuführen, daß man in weiten Drechslerkreisen annimmt, daß es mit dem „modernen Stil" jetzt sein Bewenden habe; ja, man glaubt, für eine größere Berücksichtigung der Drechslerei zu Bau- und Möbelarbeiten bestimmte Anhaltspunkte zu haben. So ist es wenigstens in den Fachzeitungen zu lesen, worin man von einer „Sucht" der führenden Künstler der kunstgewerblichen Bewegung, etwas Neues zu schaffen, spricht, was dieselben zwinge, auch zu den historischen Stilarten wieder zu greifen. Es wird auch darin die Behauptung aufgestellt, daß die einzelnen Etappen des Modernismus sich bisher nicht einmal längere Jahre haben halten können, was auch in Zukunft jeder weiteren Phase desselben nicht vorbehalten bleibe. Augenscheinlich vergißt man aber, daß der „moderne Stil" bisher noch gar nicht streng zur Durchführung gekommen ist. Wäre dies der Fall gewesen, so wären die Drechslerwerkstätten unbedingt noch mehr ausgeräumt worden. Wenn auch die Formen des modernen Stiles sehr oft gewechselt haben, so ist doch nicht der geringste Anlaß vorhanden, zu hoffen, daß derselbe in seiner die Drechslerei schädigende Wirkung nun endgültig den Höhepunkt erreicht hat und für das Drechslergewerbe eine neue Aera des Schaffens, des Geldverdienens anbricht. Der praktische Fachmann glaubt schon längst nicht mehr hieran, wie auch ebensowenig, daß die Drechslerei im Stile früherer Jahre wieder einmal emporleben könne. Denn immer weiter streift dieselbe ihren handwerksmäßigen Charakter ab; und durch die bis zum äußersten getriebene Spezialisierung der Branchen, wie gleichfalls durch die sich technisch immer weiter vervollkommende Hilfsmaschinen und deren Einführung in jede Branche, zu jeder Arbeit, findet der Kapitalismus ein immer leichteres Spiel, die Produktion an sich zu reißen. Und der Prozeß der Industrialisierung des Drechslergewerbes wird um so rapider seinen Lauf nehmen, je erträgnisreicher dasselbe sich in Zukunft gestaltet. Gelänge es daher den Bestrebungen vieler, durch die in der Drechslerei liegende Kunstmöglichkeit dieselbe zu einer gewissen Blüte zu bringen, so würde hierdurch die wirtschaftliche Lage der Kleinmeister doch keineswegs dauernd über ein gewisses Niveau gehoben. An derartigen Bestrebungen hat es ja bisher nicht gefehlt. Zu denselben gehört auch der Versuch, durch Anwendung gewisser gewerblicher Techniken in der Innenausstattung den durch die heutige Stilart ausgeschalteten Handwerkern wieder mehr Geltung beim konsumierenden Publikum zu verschaffen. (Vergleiche hierzu in Nr. 11 dieser Zeitung den Artikel: „Eine Stilveränderung in Sicht?") Dieser Versuch, durch eine Ausstellung künstlerischer Entwürfe für Innendekoration eine neue Phase der Stilbewegung hervorzurufen, hat Anfang Oktober in Leipzig seine Neuauflage erfahren — mit demselben Mißerfolg als der frühere. Trotz der ausgesetzten Preise war auch diesmal wieder die Beteiligung von Interessenten hieran eine äußerst geringe. Namentlich für das Drechslergewerbe ist dieser Mißerfolg ein vollständiger, da außer einer Fachschule nur zwei Künstler Entwürfe für moderne Drechslerarbeiten ausgestellt hatten; Entwürfe, bei denen hervorgehoben werden muß, daß hiernach angefertigte Drechslerarbeiten schier unverkäuflich bleiben müssen und daß eine Massenproduktion, die doch das Drechslergewerbe verlangt, hiernach vollständig ausgeschlossen ist. Daher ist man über die schroffe Ablehnung der führenden Künstler, zugunsten einiger Handwerke, die Stilmode umzueseln, stark entrüstet und spricht aus, was besser unausgesprochen geblieben wäre: die moderne Stilart mit ihren Latten- und Leistenkram, mit ihren Kisten- und Kastenmöbeln, sei eine Geschmacksverirrung.

Es soll nicht bestritten werden, daß die jetzige Stilrichtung den Unternehmern, die ihn kultivieren, gute Profite gebracht hat; träfe dies aber auch auf die Drechsler zu, so würde es wohl keinen jetzt noch so schimpfenden Drechsler einfallen, von einer Geschmacksverirrung zu sprechen, wenn durch dieselbe seinem Gewerbe Aufträge in reicher Weise zugeführt würden; der Profit bleibt eben bei alledem die Hauptsache! Nachdem dieses Preisausschreiben zum zweiten Male ein so klägliches Fiasko erlitten hat, sucht man nach Gründen hierfür, und kommt hierbei zu dem Schluß, daß „die ausgesetzten Höchstpreise von 200 Mk. nicht imstande sind, die führenden Künstler zum Wettbewerb zu veranlassen und daß derartige Preisausschreiben sich über einen größeren Bezirk als den einer Gewerbekammer erstrecken müssen".

Der zuerst angegebene Grund kennzeichnet so recht die kleinliche Denkungsart der um ihre Existenz bangenden Handwerker, die glauben, durch einige Silberlinge sich die Anwartschaft auf einen guten Profit erwerben zu können. Nicht aber suchen sie die Gründe dieser deutlichen Absage in dem Handwerk selbst, nicht in den Gründen, die eingangs bereits flizziert sind; das wäre schließlich auch zu viel verlangt. Und was die Ausdehnung derartiger Preisausschreiben auf größere Bezirke anbetrifft, so sei nur auf die Studentenkunstausstellung in Stuttgart hingewiesen, die, trotzdem hierzu Teilnehmer aus ganz Deutschland zugelassen waren, und trotzdem in den Dedikationsartikeln der Studenten mancherlei Drechslerarbeit inbegriffen ist, dem Gewerbe auch keine besonderen Aufträge verschaffte, noch in Zukunft bringen dürfte. Denn auch hierbei kommt eine etwaige Massenproduktion außer Frage und einzelne Arbeiten können dem Gewerbe nicht dienen.

Aus all diesen vergeblichen Versuchen zur Hebung des Drechslergewerbes, zu denen auch der gehört, durch künstliche Entwürfe von Spielwaren aller Art dasselbe wieder beleben zu können, geht hervor, daß durch Ausstellungen usw. eine Hebung des Drechslergewerbes sich nicht vollziehen kann. Die erlittene Abfuhr ist denn doch zu deutlich, so daß man wohl oder übel nunmehr endgültig derartige Pläne wird fallen lassen müssen. Viel ernster als solche erfolglos bleiben müssende Maßnahmen ist die durch die jetzige allgemeine wirtschaftliche Krisis hervorgerufene Situation zu betrachten. In der Spielwarenindustrie, in welcher die Drechslerei ein großes Arbeitsgebiet einnimmt, sind die Krisenwirkungen ganz exorbitante. Beträgt doch amtlichen Nachrichten zufolge der Exportverlust an Spielwaren im ersten Halbjahr 1908 zirka 5½ Millionen Mark. Namentlich hat die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Amerika ganz bedeutend nachgelassen, und zwar hauptsächlich durch deren vergrößerte Eigenproduktion — eine Folge der hohen Zolltarifisierung deutscher Spielwaren. Auch Großbritannien und die Schweiz haben großen Anteil an der Summe dieses Exportverlustes. Bereits im Jahre 1907 flaute die Ausfuhr nach den genannten Staaten ab und da an eine auch nur teilweise Aufhebung des Wucherzolltarifes nicht zu denken ist, dürften die deutschen Spielwaren und somit ein großer Teil Drechslerarbeit aus diesen und aus anderen Staaten infolge der deutschen agrarischen Handelsvertragspolitik dauernd verdrängt werden. Daher ist auch die erfolgte Gründung einer neuen Spielwaren-Heimindustrie in Vermuthshain i. Vogelsberg (Hessen) ein Unternehmen, dessen Wert sich erst in Zukunft zeigen muß. Trotz aller guten Absichten bei dieser Gründung dürften die Produkte dieser Industrie nur an einen bestimmten inländischen Abnehmerkreis geliefert werden können, es sei denn, man beabsichtigt, dieses neue Unternehmen auf dieselbe oder auf eine noch elendere Stufe herabzudrücken, auf welcher schon die gleichartigen Industrien stehen. Denn nur dadurch, daß diese Heimarbeiter noch mehr ausgebeutet werden, kann es möglich sein, nach ausländischen Gebieten zu liefern und die dortige Konkurrenz erfolgreich zu bekämpfen.

Unter den gleichen Wirkungen des Zolltarifes hat auch die Pfeifen- und Rauchrequisitenindustrie zu leiden. Auch dieser Industrie ist der Export erheblich beschränkt worden, wie auch die Rohmaterialien eine ungemein hohe Verteuerung erfahren haben. Ein außerordentlich scharfer Wettbewerb um das Arbeitsgebiet war in dieser Drechslerbranche, die von allen anderen wohl am meisten kapitalisiert ist, von jeher zu beobachten und aus diesem Grunde treibt immer eine neue Erfindung die andere, ohne daß aber eine derselben sich dauernd einbürgern kann. Dieses Gebiet ist eben von Neuheiten und Verbesserungen geradezu überschwemmt worden. Gegenwärtig ist in der Zigarrenspitzenfabrikation ein starker Rückgang zu verzeichnen, den die Papierzigarrenspitze verschuldet hat. Hierdurch und ferner durch die hochentwickelte kapitalistische Produktionsweise werden die Arbeitskräfte immer geringer an Zahl. Unter der jetzigen Wirtschaftslage haben auch alle anderen Drechslerbranchen ausnahmslos zu leiden, so daß nichts Erfreuliches, nichts, was den unter solchen Verhältnissen hoffnungslosen Drechslereiarbeiter die Aussicht auf kommende bessere Zeiten bietet, aus dem doch so vielgestalteten Drechslergewerbe hervorgehoben werden kann. Denn was will die kurze Glanzperiode des Diabolospieles besagen, oder, daß durch die seit etwa zwei Jahren wieder aufgekommene Spinnradliebhaberei an einigen Orten einige Tausend Spinnräder fabriziert wurden? Vorübergehende Erscheinungen waren, oder sind es noch, nicht imstande, dem Gewerbe auch nicht im geringsten die durch die Stilart, den Wucherzolltarif und andere Faktoren mehr entrissene Produktion zu ersetzen. Es geht eben mit Gewalt bergab mit dem alten Kunsthandwerk, das sich nur schwer oder gar nicht den modernen Erwerbsbedingungen anpassen will oder kann.

Eine schwere Zeit haben die Drechsler, von denen schon Tausende aus ihrem angelernten Handwerk verdrängt sind, gewiß hinter sich, aber die schwerste Zeit liegt noch vor ihnen. Denn nicht sobald dürften die jetzigen Krisenerscheinungen überwunden sein. Solche Illusionen gebe man sich nicht hin, wie es die Drechslermeister tun, die ihren langen Traum von einem Wiedererwachen der Kunstdrechslerei noch nicht ausgeträumt haben, die immer noch glauben, daß ihnen durch gesetzgeberische Maßnahmen geholfen werden könne, und die ihr Gewerbe soweit es heute noch existenzberechtigt ist, in wahnsinniger Konkurrenz selbst untergraben.

Und doch, trotz alledem und alledem, darf es für die Drechslerkollegen kein kleinmütiges Verzagen geben; denn nur die ökonomische Entwickelung ist es, die ihnen die Existenzbedingungen so ungemein erschwert. Wenn diese Entwickelung erst weiter vorwärts geschritten ist und nicht mehr durch eine Unmasse von Kleinbetrieben im Drechslergewerbe ihr natürliches und größtes Hemmnis findet, wird das Gewerbe wieder gesunden. Durch diese Tatsache lasse sich aber kein Kollege irreleiten, indem er annimmt, weil die ökonomische Entwickelung noch nicht so weit gediehen ist, sind wir gegenüber den heutigen Verhältnissen machtlos. Nein, die Festigkeit der Organisation ist denn doch schon so weit entwickelt, daß der wirtschaftliche Kampf nachdrücklicher und mit energischeren Mitteln geführt werden kann. Und die Macht der Organisationen wird um so mehr gefestigt, je weiter die ökonomische Entwickelung fortschreitet. Denn desto entschiedener wird dann der wirtschaftliche Kampf um bessere Existenzbedingungen geführt werden können und desto reichhaltiger und wirksamer werden die Kampfesmethoden zur Besserung der Arbeitsverhältnisse sein können. Je größer aber der Kampfeserfolg der Organisationen ist, um so schneller wird eine Gesundung der Gewerbe erfolgen. Woraus denn auch die Drechslerarbeiter das Fazit ziehen wollen und mit mehr Freudigkeit zu ihrer Organisation stehen als bisher und vor allem auch energischer und rücksichtsloser den Indifferentismus in ihren Reihen bekämpfen; die Mittel hierzu sind ihnen reichlich genug in die Hand gegeben.

Soziales.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag hat sich in den ersten Sitzungen nach der Weihnachtspause mit einigen Angelegenheiten beschäftigt, die für die Arbeiter von besonderem Interesse sind. Am 12. Januar standen Petitionen auf der Tagesordnung. Von dem Ergebnis der Beratung der auf die Gewerbegerichte bezüglichen Petition haben wir bereits in der vorigen Nummer Notiz genommen. In der gleichen Sitzung beantragte die Kommission eine Petition betreffend die Anstellung von Baukontrolleuren aus dem Arbeiterstande der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Mit diesem Vorschlage war der als eifriger Schutzverbändler bekannte Tischlermeister Pauli aus Potsdam durchaus nicht einverstanden. Mit seiner Rede hatte er aber wenig Glück; er wurde dafür vom Genossen Bömelburg gehörig „abgebürstet" und mußte den Schmerz erleben, daß auch die Redner der anderen Parteien ganz energisch von ihm abrückten. Als Trost in dieser Trübsal dürfte es ihm gereichen, daß er wenige Tage später würdig befunden wurde, einen roten Vogel vierter Güte an seine wackere Männerbrust zu heften.

Mit dem Gesetzentwurf betreffend die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte, der am 13. und 14. Januar die erste Lesung passierte, soll der ungerechte Zustand zum Teil beseitigt werden, der darin liegt, daß z. B. Personen, die gezwungen sind, Angehörige wegen Krankheit in Anstalten unterzubringen, als Empfänger von Armenunterstützung des Wahlrechtes verlustig gehen. Der Gesetzentwurf, der eine Reihe von Fällen namhaft macht, die als Armenunterstützung nicht anzusehen sind, wurde im allgemeinen von den Parteien günstig beurteilt, und schließlich an eine Kommission verwiesen. In zweiter Lesung wurde das Gesetz über die Preisfeststellung beim Markthandel mit Schlachtvieh erledigt. Es handelt sich dabei um ein kleines Geschenk an die Agrarier, welches mit dem Wunsch nach einer Verbesserung der Statistik maskiert wurde. Zu seiner Annahme fand sich denn auch die alte agrarische Mehrheit zusammen.

Ueber die erste Beratung des Arbeitskammergesetzentwurfs, die am 15. und 16. Januar stattfand, berichten wir an anderer Stelle. Es folgte am 18. und 19. Januar die zweite Lesung des Justizetats. Der Posten „Gehalt des Staatssekretärs" gibt Gelegenheit, Kritik an der Justizverwaltung im allgemeinen zu üben, doch machen die bürgerlichen Parteien von diesem Recht nur in recht zaghafter Weise Gebrauch. Die vom Staatssekretär angekündigte Novelle zum Strafgesetzbuch wurde von ver-

schiedenen Rednern zum Gegenstand der Besprechung gemacht, wobei sie sich auf das stützten, was über den Inhalt des Gesetzentwurfs bisher durchgesickert ist. Von dem Redner des Zentrums wurde der Fall Eulenburg in die Debatte gezogen, worauf sich auch der Abgeordnete Heine eingehend mit diesem Prozeß und den Erscheinungen, die mit ihm im Zusammenhang stehen, beschäftigte. Daß die Klassenjustiz in Deutschland nicht ausstirbt, wurde vom Abgeordneten Frank bewiesen, der sich darauf beschränkte, nur einige besonders drastische Fälle zu kennzeichnen.

Am 20. Februar standen die sozialdemokratischen Anträge auf der Tagesordnung, welche bezweckten, die im Deutschen Reiche bestehenden Ausnahmebestimmungen gegen die Landarbeiter und das Gesinde zu beseitigen. Die von Stadthagen begründeten Anträge fanden nur bei den Freisinnigen und Polen Zustimmung. Der Redner der Nationalliberalen erklärte sich zwar mit der Aufhebung der Gesindeordnung einverstanden, doch konnte er sich nicht entschließen, den Landarbeitern das Koalitionsrecht zuzugestehen. Die Agrarier dagegen wollen natürlich von einer Besserung des Loses der Landarbeiter durchaus nichts wissen. Für das Zentrum erklärte der Abgeordnete Herold, daß seine Partei der Gewährung des Koalitionsrechtes an die Landarbeiter jetzt sympathischer gegenüberstehe. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht. Die Beratung wird später fortgeführt werden. Doch ist selbst bei einer Annahme der Anträge durch den Reichstag kaum zu erwarten, daß die Regierung dem Ersuchen um Vorlegung entsprechender Gesetzentwürfe in Bälde Folge leistet.

Die Interpellationen über die Handhabung des Vereinsgesetzes, welche von den Sozialdemokraten und Polen eingebracht waren, förderten eine Unmenge von Uebergriffen der Behörden zutage. Vom Regierungstisch wurden einige Mißgriffe zugegeben, die mit der Neuheit der Materie entschuldigt wurden. Eine Reihe von Fällen stellte der Staatssekretär als unbedeutend hin, weil die vergewaltigten Bürger keine Beschwerde erhoben hatten. Das ist allerdings eine sehr billige Verteidigung. Große Mühe gab sich Herr v. Bethmann-Hollweg mit dem Nachweis, daß das Verbot der polnischen Sprache in Gewerkschaftsversammlungen deshalb notwendig sei, weil die polnischen Gewerkschaften nationalpolnische Zwecke verfolgen. Er hatte auch die Genugtuung, daß ihm von den freisinnigen Blockgenossen jetzt bestätigt wurde, daß sie durch die irreführende Erklärung des Staatssekretärs bei der Beratung des Sprachenparagraphen nicht irregeführt worden seien. Dem Abgeordneten Müller-Meiningen wurde diese Ehrenerklärung dadurch recht schwer, daß er einen Kommentar zum Vereinsgesetz verfaßt hat, der in direktem Widerspruch zu seiner jetzigen Auffassung steht. Aber was verschlägt das; wenn es gilt, die Blockfähigkeit zu beweisen, dann springt ein braver Freisinnsmann gern über jeden vorgehaltenen Stock. Der Gang der Verhandlung bei der Interpellationsdebatte läßt leider befürchten, daß in der schikanösen Handhabung des Vereinsgesetzes sobald keine Aenderung eintreten wird.

Die Krankenversicherung im Jahre 1907. Im Jahre 1907 waren im Deutschen Reiche 23 232 Krankenkassen vorhanden, 18 mehr als im Vorjahre. Der Mitgliederzahl nach stehen hierunter die Ortskassen, der Kassenzahl nach die Betriebskassen an der Spitze; es waren vorhanden:

8290 Gemeindekrankenkassen mit	[illegible]	Mitgliedern
4757 Ortskrankenkassen mit	6 124 103	„
7914 Betriebskrankenkassen mit	8 156 321	„
41 Baukrankenkassen mit	19 697	„
761 Innungskrankenkassen mit	264 604	„
1318 eingeschriebene Hilfskassen mit	903 560	„
151 landesrechtliche Hilfskassen mit	36 020	„

Die Gesamtzahl der Mitglieder im Durchschnitt des Jahres beträgt 12 188 966, der Zuwachs an Mitgliedern gegen das Vorjahr rund 450 000. Das Wachstum betrifft hauptsächlich wieder die Ortskrankenkassen mit 244 000 Mitgliedern, auch die Betriebskrankenkassen nehmen mit 165 000 an dem Wachstum teil. Ferner die Gemeindekrankenversicherung mit 24 000 und die eingeschriebenen Hilfskassen mit 19 000.

Die Zahl der Erkrankungsfälle mit Erwerbsunfähigkeit stellt sich auf 4 956 388 mit 97 148 780 Krankheitstagen. Auf ein Mitglied kommen durchschnittlich 0,41 Erkrankungsfälle und 8,0 Krankheitstage, für welche Krankengeld oder Krankenanstaltspflege gewährt wurde — gegen 0,38 Erkrankungsfälle mit 7,48 Krankheitstagen im Vorjahre.

Die ordentlichen Einnahmen (Zinsen, Eintrittsgelder, Beiträge, Zuschüsse, Ersatzleistungen, sonstige Einnahmen, abzüglich derer für die Invalidenversicherung) betrugen 319 592 187, darunter Beiträge (einschl. Zusatzbeiträge) 298 394 892 Mk.

Die ordentlichen Ausgaben (Krankheitskosten, Ersatzleistungen, zurückgezahlte Beiträge und Eintrittsgelder, Verwaltungsausgaben, abzüglich derer für die Invalidenversicherung, sonstige Ausgaben) beliefen sich auf 299 094 756, darunter Krankheitskosten 275 878 506, welche sich verteilen auf:

Aerztliche Behandlung	63 325 782	Mk.
Arznei und sonstige Heilmittel	40 157 740	„
Krankengelder	121 416 115	„
Unterstützung an Schwangere u. Wöchnerinnen	5 493 301	„
Sterbegelder	7 122 348	„
Anstaltsverpflegung	36 167 685	„
Fürsorge für Rekonvaleszenten	204 576	„

Auf ein Mitglied kamen durchschnittlich 22,56 Mk. Krankheitskosten.

Die Verwaltungskosten abzüglich derer für die Invalidenversicherung, betrugen 16 602 900 Mk., auf ein Mitglied durchschnittlich bei den Ortskrankenkassen 2,12 Mk., bei den Innungskrankenkassen 2,58 Mk. und bei den eingeschriebenen Hilfskassen 2,42 Mk.; bei den Betriebs- und Baukrankenkassen werden sie fast ganz von den Betriebsunternehmern, in der Gemeindekrankenversicherung ganz von den Gemeinden getragen. Bei allen Kassen überhaupt stellen sich die Verwaltungskosten daher nur auf 1,38 Mk. durchschnittlich.

Das Gesamtvermögen betrug rund 245 Millionen Mark (im Vorjahre 230), wovon auf die Ortskrankenkassen 112,8, die Betriebskrankenkassen 103,8 und die eingeschriebenen Hilfskassen 18,9 Millionen Mark entfielen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Altenburg wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrags von 20 Pf. ab 1. Februar erteilt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 5. Wochenbeitrag für das laufende Jahr fällig geworden.

Das Protokoll über die Verhandlungen der Korbarbeiterkonferenz befindet sich im Druck. Die Broschüre soll als Agitationsschrift unter den Mitgliedern dieser Branche gratis verteilt werden, und ersuchen wir die Lokalverwaltungen, die Bestellungen hiernach umgehend an uns gelangen zu lassen.

Die Bevollmächtigten in allen Zahlstellen werden hierdurch daran erinnert, daß der Monatsbericht für Januar über die Zahl der Arbeitslosen usw. spätestens am 4. Februar zur Post gegeben werden muß, wobei wir wiederholt bemerken, daß auch diejenigen Zahlstellen eine Berichtskarte einsenden müssen, welche keine arbeitslosen Mitglieder aufzuweisen hatten. In solchem Falle ist nur die Mitgliederzahl der Zahlstelle auf der Karte anzugeben.

Nach der Vorschrift des Statuts hat im Monat Januar in allen Zahlstellen die Neuwahl der Lokalverwaltung und der Revisoren stattzufinden. Wiederwahl ist zulässig. Von allen Wahlen ist sofort nach ihrem Vollzug dem Verbandsvorstand Mitteilung zu machen, wobei auch die Adressen der Gewählten anzugeben sind. Die Gewählten bedürfen der Bestätigung durch den Verbandsvorstand, welche als erfolgt zu betrachten ist, wenn seitens des Vorstandes innerhalb 14 Tagen nach der Anmeldung kein Einwand erhoben wurde. Zur Anbringung etwaiger Adressenänderungen auf den Verbandsplakaten können gummierte Zettel zum Aufkleben mit dem entsprechenden Vordruck von uns bezogen werden.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Der Verbandsvorstand.

Zur Geschoßkorbfrage.

Endlich wird es auch bei den Korbmachern der Geschoßkorbbranche Tag. Bisher waren sie den Unternehmern dieses Fabrikationszweiges eine willenlose Masse, schutzlos allen Machinationen ausgesetzt, den fortgesetzten Lohnreduktionen preisgegeben. Immer und immer wieder konnten die Korbmachermeister der Heeresverwaltung billigere Preise in der Hoffnung offerieren, daß sich das alles aus den Knochen der Korbmacher wieder herausschlagen lasse. Zurzeit ist die Heeresverwaltung wieder bei der Vergebung einer großen Lieferung und hat dabei Preise herausgenommen, die die [illegible] der Korbmacher erschöpften. Die Heeresverwaltung glaubte die Zeit für gekommen, 3,25 bis 3,75 Mk. für den Korb bieten zu können, und die Korbmachermeister haben wie immer in der Hoffnung zugestimmt, sich an den Korbmachern schadlos halten zu können. Zu diesem Preise sind aber Geschoßkörbe nicht herzustellen, es sei denn, daß die Fabrikation nach den Elendsbezirken der Hausindustrie verlegt wird. Diese Gefahr besteht um so mehr, als sich gewissenlose Unternehmer gefunden haben, die sich alle Mühe geben, das berüchtigte Zwischenmeistersystem einzuführen und die Heimarbeit mit der Beschäftigung von Weib und Kind in endlos langer Arbeitszeit unter den allererbärmlichsten Arbeitsbedingungen in die Geschoßkorbfabrikation zu übertragen.

Das brachte das Faß zum Ueberlaufen. Wie ein Mann sind am Sonntag, den 17. Januar, die Korbmacher aufgestanden und haben erklärt, nicht mehr mitmachen zu wollen. Aus 25 Versammlungen mit 2144 Teilnehmern sind uns Berichte zugegangen. Zunächst hat man sich in denselben die Herren Kriegsminister vorgebunden und mit diesen Herren, die mit dem in der Heeresverwaltung so nötigen Sparen bei den Korbmachern anfangen wollen, ein ganz ernstes Wort geredet. Mit aller Deutlichkeit ist von den hohen Herren verlangt worden, daß bei Vergebung von Geschoßkörben den submittierenden Unternehmern die Verpflichtung auferlegt wird, den Korbmachergesellen wenigstens den tariflich vereinbarten Lohn zu zahlen und die Körbe in eigenen Werkstätten unter Ausschaltung von Zwischenmeistern herstellen zu lassen.

In allen Versammlungen wurde die Absendung einer diesbezüglichen Petition an das Kriegsministerium beschlossen. Am lebhaftesten an der Bewegung beteiligten sich die bisher so gleichgültigen Kollegen aus dem oberfränkischen Korbmacherbezirk. Aus Mitwitz und Michelau wird die Abhaltung großer Korbmacherversammlungen gemeldet. Die dortigen Kollegen haben eingesehen, daß sie bei den Preisdrückereien den wenigsten Widerstand zu leisten imstande sind, daß am letzten Ende sie die Kosten der ganzen Kampagne tragen müssen, und aus dem Mark ihrer Knochen sich die Unternehmer schadlos zu halten gedenken.

Die nötigen Nutzanwendungen aus dem Vorstehenden zu ziehen, war überall der Versammlungen zweiter Teil. Mit aller Schärfe wurde betont, daß die Korbmacher sich organisieren müssen, wenn sie diesen Treibereien wirksamen Widerstand entgegensetzen wollen. In großer Zahl sind die Korbmacher der Aufforderung zum Eintritt in die für sie zuständige Organisation, den Deutschen Holzarbeiterverband, nachgekommen, und speziell im oberfränkischen Bezirk haben wir hoffentlich für immer festen Fuß gefaßt.

In vergangener Woche waren auch die Herren Korbmachermeister in Berlin versammelt, um sich über die Geschoßkorbangelegenheiten zu verständigen. Was von derlei Verständigungen bei Korbmachermeistern zu halten ist, haben die früheren Vorgänge bewiesen, bei denen ganz hervorragende Firmen der Branche die gemeinsamen Abmachungen umgangen haben. Natürlich ist auch über den Lohn gesprochen worden und war man der Ansicht, daß bis zu 2 Mark pro Korb gegangen werden kann. Ob die Korbmacher damit auch einverstanden sind, hat man nicht für nötig gehalten, zu fragen, um so deutlicher werden die Korbmacher den Herren begreiflich zu machen gezwungen sein, daß das nicht der Fall ist. Klipp und klar muß den Herren gesagt werden, wenn Ihr Euch unterbieten wollt, tut das gefälligst auf Kosten Eures Profits, aber nicht auf Kosten unserer Knochen.

Korrespondenzen.

Bremen. Die Pianofortefabrik von Thein sucht in verschiedenen Fachzeitungen und im „Berliner Lokal-Anzeiger" tüchtige Pianofortearbeiter. 20 Stück auf einmal, trotzdem der ganze Betrieb nur 25 Bänke aufweist und 18 Mann dort beschäftigt sind. Eine Regelung der Akkordarbeiten, die verbandsseitig versucht wurde, verlief resultatlos. Herr Thein behauptet, die besten Akkordpreise von allen Pianofabriken zu bezahlen, nur die Leute, die er zurzeit habe, taugen nichts. Trotzdem der Betrieb nun schon über 30 Jahre besteht, kann der Herr Thein keinen Klavierarbeiter aufweisen, der nach seiner Behauptung in der Lage wäre, eine Akkordarbeit einzuschätzen. Zu wiederholtenmalen sind auf Verschreibung auswärtige Kollegen, auch Verheiratete, nach der Firma Thein gekommen, um aber entweder entlassen zu werden oder nach kurzer Zeit gerade wie die Bremer Kollegen jetzt, das Eldorado des Herrn Thein wieder zu verlassen. Wirklich kein gutes Zeichen für einen Betrieb, der 30 Jahre existiert und nicht einen einzigen eingearbeiteten Arbeiter aufweisen kann. Alle Vorstellungen, bessere Einrichtungen zu treffen, waren vergeblich. Die Einrichtung des Betriebes mutet einem mittelalterlich an. Ein einziger Fournierbock außer einer Einrichtung zum Klappenfournieren. Von 50 Schraubzwingen hat eine jede eine andere Form und Größe. Man glaubt bei einem Althändler zu sein. Die Kreissäge hat mit ihrem hölzernen Tisch ohne jeden Anschlag und Führung das Aussehen einer schwarzwälderischen Brennholzschneidemaschine. Den neu eintretenden Kollegen soll nun 30 Mk. Lohn garantiert werden bei Akkordarbeit. Wir wünschen ihnen jetzt schon viel Glück. Wir unsererseits halten es für unsere Pflicht, die Kollegen zu unterrichten, um uns, wie es bis jetzt immer der Fall war, wenn die Kollegen hier sind, Vorwürfe zu ersparen.

Breslau. In erhöhtem Maße macht sich seit einiger Zeit die Krise auch bei uns bemerkbar. Während im letzten Herbst vorwiegend nur die Bau- und Möbeltischler in Mitleidenschaft gezogen wurden, sind es in neuerer Zeit vor allem die Parkettleger und Knopfarbeiter, welche mit wochenlangem „Aussetzen" oder Arbeitszeitverkürzung zu rechnen haben. Auch seit Weihnachten haben die Kollegen der beiden Waggonfabriken darunter zu leiden. Nachdem bei Gebr. Hoffmann die Arbeitszeit auf 8 Stunden täglich verkürzt wurde, tritt bei den Tischlern in der „Aktiengesellschaft für Eisenbahnwagenbau vorm. Linke" Arbeitsmangel zutage, trotzdem von den Stellmachern Ueberstunden verlangt werden, ohne Gewährung eines Zuschlages. Außerdem wurde ein erheblicher Teil von Arbeiten mit Abzügen bedacht, z. B. für einen D-Wagen 40 Mk., für einen Schlafwagen [illegible] Mk., für einen Postwagen 50 Mk., für Schiebetüren einpassen und anschlagen 50 Pf. pro Stück, für Armlehnen in Aussichtwagen 85 Pf. pro Stück, für Hutnetzplatten 60 Pf. pro Stück, für Druckrahmenbefestigung 70 Pf. usw. Auch sind seit neuerer Zeit Kostgeldsätze von 30 Pf. pro Stunde keine Seltenheit, welche in Anbetracht der Abzüge an den Akkordpreisen dann öfters als Stundenlohn in Anrechnung kommen. Die einzelnen Werkführer betrachten die momentane Zeit als günstige Gelegenheit, ihren Herrenstandpunkt in rohestem Tone zur Geltung zu bringen. „Wem's nicht paßt, der fliegt" ist die Parole. Die Ortsverwaltung hat sich nun schon öfters mit dieser Angelegenheit befaßt, um mit den Kollegen in Versammlungen über diese Mißstände zu beraten; leider scheinen sich selbige an das Bestehende so gewöhnt zu haben, daß sie eine gemeinsame Aussprache für unnütz erachten. Namentlich die Partieführer, welche seit Jahren in das Betriebsverhältnis eingeweiht sind, finden keine Worte der Kritik. Von zirka 300 Holzarbeitern waren stets in den Versammlungen nicht einmal 100 Kollegen erschienen. Vielleicht kommen die Kollegen dann zur Einsicht, wenn die Firma auf Grund dieser Gleichgültigkeit noch schärfere Maßnahmen ergreift.

Auch bei der Erlen- und Sitzmöbelbranche nagt die Unzufriedenheit in den Reihen der Kollegen. Als man beim Tarifabschluß vom 12. und 14. August vorigen Jahres den Kollegen eine Karenzzeit zur Erhöhung des Akkordlohnes bis zum 1. Januar 1909 stellte, gaben sich die Kollegen mit diesem Anerbieten zufrieden, in dem sicheren Erwarten, daß zu genanntem Zeitpunkt ihre so mißliche Wirtschaftslage (Löhne von 12 bis 15 Mk. pro Woche sind keine Einzelerscheinungen) laut Vertrag um 5 Proz. verbessert würde. Die Arbeitgeber dieser Branchen sind zum größten Teil der Tischlerinnung angeschlossen. Leider zeigte sich diese im Vertragsverhältnis als höchst unzuverlässig. Fast sämtliche Arbeitgeber verweigerten am 1. Januar die Anerkennung des Vertrages, wodurch unsere Kollegen mit einer Anzahl von 36 aus 12 Betrieben gezwungen wurden, die Arbeit niederzulegen. Aus den Verhandlungen mit der Innung, welche bereits gepflogen wurden, resultierte dann neuerdings der Beschluß der Arbeitgeber, daß ab 18. Januar der Vertrag zur Anerkennung gelangt. Unsere Kollegen stellten sich hiernach sämtlich zur Arbeit ein, und wurde darauf 29 Kollegen die Aufnahme verwehrt mit dem Hinweis auf Arbeitsmangel, trotzdem Beispiele vorliegen,

daß Unorganisierte eingestellt wurden. Ein Beweis, daß die Arbeitgeber auch jetzt noch nicht gewillt sind, den um ein geringes aufgebesserten Tarif anzuerkennen. Es dürfte dieses eine Mahnung an die auswärtigen Kollegen sein, Breslau in nächster Zeit mit Zuzug zu verschonen; wir werden dadurch eher in der Lage sein, diesen wortbrüchigen Arbeitgebern klarzumachen, daß Verträge, die einmal geschlossen sind, auch anerkannt werden müssen.

Corbetha. Die hier am 17. Januar einberufene öffentliche Korbmacherversammlung war leider nicht so besucht, wie sie sollte. Die Tagesordnung war, wie überall, die Geschoßkorbfrage. Kollege Fürzel aus Halle hatte das Referat übernommen. Die Petition an die Heeresverwaltung wurde einstimmig angenommen. Kollegen! Zur jetzigen Zeit ist es notwendig, uns immer mehr zusammenzuschließen, und es sollen nicht nur die Verwaltungsmitglieder für die Organisation agitieren, sondern es ist Pflicht eines jeden. Darum legt Eure Gleichgültigkeit ab, besucht die nächsten Versammlungen und stelle sich jeder in den kommenden Sonntagen, welche hauptsächlich zur Agitation bestimmt sind, zur Verfügung, dann werden auch in Corbetha andere Verhältnisse geschaffen werden können.

Denklingen bei Schongau. Besserungsbedürftig wären die Zustände im hiesigen Sägewerk von Franz Xav. Huber u. Cie. Der Lohn für Säger beträgt 3,20 Mk. Der Wochenlohn bei Kost und Logis 8 Mk. Dabei ist erstere oft recht mittelmäßig, zumal es des Nachmittags keine Brotzeit gibt, der Einsparung des Biergeldes halber. Ein junger Arbeiter von 16 Jahren ist zur Bedienung des Dampfkessels angestellt, ungeachtet der Gefahr, die hieraus entstehen könnte. Geradezu roh muß die Behandlung der Arbeiter genannt werden. Ausdrücke wie: „Nixiger Sauhund, schau, daß Du zum Teufel kommst!" und ähnliche sind an der Tagesordnung. Kistenmacher verdienen im Akkord 10 Mk. die Woche, und dabei müssen sie an Maschinen ohne Schutzvorrichtungen arbeiten. Die Firma sucht ständig in Zeitungen Maschinisten und Säger, macht dabei große Versprechungen, und da die Fahrt den Arbeitsuchenden nicht vergütet wird, sind solche Leute arg geschädigt, wenn sie, eine Enttäuschung reicher, wieder den Ort verlassen. Leider sind die einheimischen Arbeiter auch hier der Hemmschuh für eine Besserung der Verhältnisse. Diese Leute, an die Scholle gefesselt, lassen sich, stupide wie sie nun einmal sind, alles gefallen. Wie lange noch? Auch bei den Sägern geht es vorwärts; in entlegenen Gegenden wird der Gedanke der Organisation heute schon hinausgetragen, und trotz aller Verfolgung werden auch wir Säger noch den Erfolg der Agitation einheimsen. Würde jeder Säger tüchtig für den Verband wirken überall wo er hinkommt, dann wären Zustände wie die geschilderten nicht mehr denkbar.

Dresden. (Drechsler und Kammarbeiter.) Die Jahreshauptversammlung fand am 15. Januar statt. Nach dem Bericht des Branchenleiters hatten die Kollegen mehr oder weniger unter der Krise zu leiden. Die Drechsler aller Branchen sind in 44 Betrieben beschäftigt. Von diesen haben 24 je einen Arbeiter, 14 Betriebe haben je zwei, 3 je drei, 2 je vier und 2 Betriebe je elf Arbeiter. Die letzteren sind Stockfabriken. Außerdem sind noch 42 Innungsmeister vorhanden, welche allein arbeiten. Hierbei sei gleich bemerkt, daß gerade diese sich recht stark mit ihren Preisen unterbieten. Im ganzen arbeiten 93 Kollegen an der Drehbank und 10 sind gegenwärtig als Maschinenarbeiter beschäftigt. Eine ganze Anzahl hat aber den Holzstaub ganz abgeschüttelt und sind unsere Kollegen in allen Erwerbszweigen anzutreffen. Eins steht aber fest: die Arbeitslöhne haben sich die Kollegen trotz der Krise nicht drücken lassen. Wo es irgend möglich war, wurde der Lohn um eine Kleinigkeit gesteigert. Gewiß ein Erfolg der Organisation. Die Kammarbeiter sind neben einem Großbetrieb mit 110 Personen in drei Betrieben beschäftigt. Insgesamt sind es 157, davon 106 männliche und 51 weibliche. Auch die Kammarbeiter hatten unter der Krise schwer zu leiden. Aussetzen und unverkürzt arbeiten war keine Seltenheit. Wenn es trotzdem gelang, in dem großen Betriebe einen Vertrag abzuschließen, so kann nur der Organisation der Erfolg zugeschrieben werden. Organisiert sind 64 Drechsler und 87 Kammarbeiter. Aufgabe der gesamten Kollegen und der Branchenleitung im besonderen wird es sein, alles daran zu setzen, um die noch fehlenden der Organisation zuzuführen. Die gemeinschaftlichen Versammlungen waren immer leidlich besucht, im Durchschnitt von 51 Kollegen. Einige Worte noch zu der jetzt auch bei uns in Fluß gekommenen Frage der Zentralarbeitsnachweise. Wenn unsere Stadtväter behaupten, die Innungs- und andere vorhandene Nachweise genügten und sie sich deshalb gegenüber dem Zentralnachweis ablehnend verhalten, so können sie an dem großartigen Erfolg unseres Innungsnachweises sehen, wie irrig ihre Ansicht ist. War doch unser Drechslerinnungsnachweis in der furchtbar glücklichen Lage, von 175 vorsprechenden Arbeitern ganze 10 unterzubringen, davon noch 6 nach auswärts. — Suchen wir alle, auch die letzten Kollegen um unsere Fahne zu scharen, dann wird uns in Zukunft weder Krise noch Stiländerung einen erheblichen Schaden zufügen können.

— Vergolder. Am 19. Januar fand die erste diesjährige Versammlung statt, an welcher unsere Kollegen recht regen Anteil nahmen. Der Sektionsleiter Kollege Rost referierte über das Thema: „Die Lage unserer Branche im Jahre 1908." An der Hand reichhaltigen Materials konnte er nachweisen, daß unsere Kollegen seit Anschluß an den Holzarbeiterverband schon manche Verbesserung ihrer Lage erzielt haben; selbst im Jahre 1908, in einer Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs, gelang es, in manchen Orten Verbesserungen zu erreichen oder aber Verschlechterungen abzuweisen. Daß unsere Vergolderwerkstätten zu den Gifthütten gehören und unsere Kollegen noch bei übermäßig langer Arbeitszeit frönen, lernen endlich auch unsere Dresdener Vergolderkollegen einsehen und konnte der Referent mit Genugtuung konstatieren, daß auch im verflossenen Jahr die Zahl der Organisierten am Orte um einige Mitglieder gewachsen ist. Die Diskussion gestaltete sich recht rege und offenbarte einen lebendigeren Geist unter unseren Kollegen. Des weiteren wurde der Vorschlag der Pasinger Kollegen, eine zweiseitige Beilage für unsere Branche in der „Holzarbeiter-Zeitung" einzuführen, diskutiert. Mit Rücksicht auf die vielen Branchen, welche unserem Holzarbeiter-Verband angehören und welche dasselbe Recht auch für sich in Anspruch zu nehmen berechtigt wären, wurde der Vorschlag abgelehnt. Bei der Neuwahl der Sektionsleitung wurde Kollege O. Rost einstimmig wiedergewählt. Im Schlußwort appellierte der Vorsitzende an das Pflichtgefühl der Anwesenden, in der Agitation und an der Teilnahme unserer Versammlungen nicht zu erlahmen, sondern vorwärtszuschreiten, bis der letzte Vergolderkollege unserer Organisation, dem Deutschen Holzarbeiterverband, zugeführt ist. Nur dann wird es möglich, alle noch bestehenden Mißstände zu beseitigen und auch unseren Vergolderkollegen zu einer menschenwürdigeren Existenz zu verhelfen. —

Durlach. Am 17. Januar hielt die hiesige Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Neben verschiedenen anderen Punkten wurde auch die am hiesigen Orte schwer fühlbare Krisis besprochen. Daß es gelang, manche vorhandene Not zu lindern, beweisen folgende Zahlen. Im Laufe des Jahres wurde an Unterstützung ausbezahlt: Aus der Hauptkasse insgesamt 1461,81 Mk., aus der Lokalkasse 557,05 Mk. Somit sind die leeren Ausreden der Indifferenten, der Verband nütze und leiste doch nichts, recht gründlich widerlegt. Ein Zeichen einmütigen Zusammenarbeitens ist, daß die alte Ortsverwaltung einstimmig wiedergewählt wurde. Auch an der notwendigen Agitation fehlte es im verflossenen Jahre nicht. Am wenigsten wurde in der hiesigen Orgelfabrik erzielt, was hauptsächlich der Interesselosigkeit der dort Beschäftigten in die Schuhe zu schieben ist; dagegen wurde die Gründung eines Fabrikgesangvereins, des dritten am Orte, mit Vergnügen vollzogen. Ob der wohl den Kollegen viel nutzen wird? Zum Schlusse forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, in der Agitation nicht zu erlahmen, um allen zukünftigen Vorkommnissen mit geschlossener Macht entgegentreten zu können. Darum auf zur Agitation, ein jeder stelle seinen Mann!

Gera. Am 17. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Zunächst wurde die Abrechnung vom 4. Quartal 1908 durch Kollegen Naupold erstattet, der im Anschluß hieran noch eine Jahresübersicht der gezahlten Unterstützungen gab. Es betrug die Jahreseinnahme bei der Verbandskasse 12 134,19 Mk., die Ausgabe 12 063,45 Mark. In der Lokalkasse betrug die Einnahme 6421,30 Mk., die Ausgabe 6171,91 Mk. Nach längerer Debatte, in der hauptsächlich auf die Leistungsfähigkeit des Verbandes hingewiesen wurde, erteilte man dem Kassierer Decharge. Den Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung erstattete der Bevollmächtigte, Kollege Reinhold Schulze. Das verflossene Jahr war demnach ein sehr arbeitsreiches. Die Verwaltung tagte in 24 Sitzungen, Werkstellen- und Fabrikbesprechungen fanden 45 statt. Zwei Vertrauensmännersitzungen wurden abgehalten, sowie 13 Mitgliederversammlungen und zwei öffentliche Versammlungen. Zwei Vorträge in Mitgliederversammlungen wurden ebenfalls abgehalten. Auch haben einige Sitzungen mit den Modelltischlern stattgefunden. Es mußte ein Abwehrstreik geführt werden, und zwar bei der Firma Uhlmann. Weiter waren noch eine Anzahl Differenzen zu regeln wegen Lohnstreitigkeiten, sowie Maßregelung einzelner Kollegen. — An der Maifeier beteiligten sich durch Arbeitsruhe zirka 75—80 Mitglieder, wovon 39 vom Arbeitgeberschutzverband 14 Tage lang ausgesperrt wurden. Bei der Firma Späthe wurde in der Pianofortearbeitung Teilarbeit eingeführt und infolgedessen die Akkordsätze neu geregelt. Hinterher stellte es sich aber heraus, daß dieses Neuregeln der Akkordpreise eine Verschlechterung anstatt Verbesserung war. Leider konnte die Organisation dies nicht verhindern, weil das Organisationsverhältnis unter den Kollegen noch ein allzu schlechtes war. Mögen die Kollegen für die Zukunft daraus die Lehre ziehen, sich samt und sonders dem Holzarbeiterverband anzuschließen, damit Lohnkürzungen mit Erfolg zurückgewiesen werden können. Leider hat auch die Krisis bei der hiesigen Musikinstrumentenindustrie eingesetzt, so daß in einer ganzen Anzahl hiesiger Betriebe mit wesentlich verkürzter Arbeitszeit gearbeitet wird. Die Arbeitslosigkeit war infolgedessen eine größere als in früheren Jahren, und mancher Gegner der Arbeitslosenunterstützung dürfte unter dem Einfluß dieser Krisis ein überzeugter Anhänger derselben geworden sein. Vom hiesigen Gewerkschaftskartell sind bei der diesjährigen Weihnachtsbescherung 16 Kollegen unterstützt worden. Am Schlusse des Berichts forderte Redner die Kollegen zu neuer Mitarbeit auch im neuen Jahre auf. Nach kurzer Debatte wurde der Verwaltung Entlastung erteilt. Ferner wurde beschlossen, die Entschädigung für die Ortsverwaltung von 120 Mk. auf 150 Mk. zu erhöhen. Die Neuregelung der Entschädigung für die Beitragssammler soll in einer späteren Sitzung der Ortsverwaltung mit den Beitragssammlern geregelt werden. Auch im neuen Jahr möchten wir unseren Kollegen zurufen, für die weitere Ausbreitung des Organisationsgedankens unter den uns noch fernstehenden Kollegen in der Fabrik und Werkstatt zu agitieren, damit wir das, was wir in der guten Zeit durchgesetzt haben, auch zur Zeit der Krisis uns erhalten können. Denn vereinzelt sind wir nichts, aber vereinigt alles!

Hamburg. (Korkarbeiter.) In der am 19. Januar abgehaltenen Sektionsversammlung referierte Kollege Lanz über: „Der Zweck und die Aufgaben der Zentralkommissionen". Redner führte den Kollegen die Entwickelung des Verbandes vor Augen, und die sich hieraus ergebende Notwendigkeit, den einzelnen Branchen innerhalb des Verbandes eine Einrichtung zu geben, die es ermöglicht, die speziellen Branchenangelegenheiten zu beraten und zu regeln. Das hat zur Bildung von Sektionen und Zentralkommissionen geführt. Es ist nicht zu verkennen, daß, wenn die Zentralkommissionen ihren Pflichten im weitesten Maße nachkommen, dieselben für die betreffenden Branchen von Nutzen sein werde. Es wurde sodann noch über die Aufgaben der Zentralkommissionen diskutiert und hierbei erwähnt, daß man nicht recht verstehen könne, warum bei der Zentralkommission der Korkarbeiter ein Mitglied der Ortsverwaltung oder des Gauvorstandes Sitz und Stimme haben soll, zumal dieses bei anderen Zentralkommissionen nicht der Fall sei. Sodann wurden 5 Kollegen in die Zentralkommission gewählt. Bei der Wahl der Sektionsleitung wurden der bisherige Sektionsführer und Schriftführer wiedergewählt. Den Mitgliedern von auswärts diene zur Nachricht, daß zurzeit in Hamburg sich ein Mangel an Arbeit bemerkbar macht und daher die Kollegen in ihrem eigenen Interesse vorläufig nicht nach Hamburg kommen mögen, da sie hier doch keine Arbeit erhalten.

Kötzschenbroda. Wie in anderen Orten so auch hier fand am Sonntag, den 17. Januar 1909, eine öffentliche Korbmacherversammlung statt. Kollege Walther referierte über: „Die Lage der Korbmacher unter Berücksichtigung der Geschoßkorbfrage". Der Referent gab ein Bild über die Entstehung der Bewegung in Kötzschenbroda. Im weiteren kam der Redner auf die wohl jetzt bei allen Korbmachern viel besprochene Geschoßkorbfrage zu sprechen und kennzeichnete das Verhalten der Regierung. Die von der Zentralkommission und dem Vorstand vorgelegte Resolution fand hierauf einstimmige Annahme. Hierauf wurde zur Gründung einer Sektion geschritten. Kollege Seifert wurde als Leiter derselben gewählt. Nach einem Mahnwort des Referenten, Einigkeit und Disziplin herrschen zu lassen, nahm die gut besuchte Versammlung ihr Ende. Nun ein Wort an die Kollegen: wenn es heißt „in die Versammlung!", so bleibe keiner zu Hause, denn nur dort ist der Ort, wo wir uns aussprechen und über unsere Lage beraten können. Kollegen, daß wir nicht ruhen können, beweist, daß in Kötzschenbroda noch Löhne von 12 und 14 Mk. pro Woche verdient werden. Stehen wir geschlossen da, so bleibt auch der Sieg unser. Einigkeit macht stark!

Landsberg a. Lech. Es ist eine bekannte Erfahrung, daß, je schlimmer die Ausbeutung des Arbeiters, je trauriger und trostloser seine Lage ist, er desto gleichgültiger den Bestrebungen zur Besserung dieses Zustandes gegenübersteht. Genau so verhält es sich mit den Arbeitern der hiesigen Spulenfabrik. Der Verdienst schwankt zwischen 12 und 18 Pf. die Stunde und steigt im Akkord im günstigsten Falle auf 2,50 bis 2,80 Mk. im Tag. Dabei ist nur alle 14 Tage Zahltag. In heutiger Zeit mit solchem Verdienst eine Familie ernähren und sich anständig durchs Leben zu schlagen, dürfte schon ein Kunststück sein. Der Indifferentismus dieser Leute ist um so bedauerlicher, als sie in den gewerkschaftlichen Kämpfen der letzten Jahre am hiesigen Orte haben ersehen können, daß nur durch die Organisation die Lage gebessert werden kann. Bei der steten Zunahme der maschinellen Arbeitsleistung wäre es angebracht, daß endlich auch die Kollegen in den Spulendrehereien aufwachten.

Liegnitz. (Klavierarbeiter.) In der am 18. Januar abgehaltenen Sektionsversammlung berichtete der Vorsitzende über die Tätigkeit der Sektion im verflossenen Jahr. Es wurden 3 Sektionsversammlungen und 11 Werkstattversammlungen abgehalten. Das Ueberstundenunwesen hat nachgelassen. Der Bericht ergibt, daß bedeutend weniger Ueberstunden geleistet wurden als im Vorjahre. Die Sektion zählt 232 organisierte Kollegen. Hierauf wurde die alte Sektionsleitung einstimmig wiedergewählt. Alsdann verbreitete sich der Vorsitzende über den so lang ersehnten Bericht der Zentralkommission. Es wird allseitig der Bericht bemängelt und die Untätigkeit der Kommission bedauert. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, in welcher das mangelhafte Arbeiten der Zentralkommission der Klavierarbeiter gerügt wird, da bis jetzt, nach dreijährigem Bestehen derselben, fast nichts geleistet wurde. Zugleich wurde die Erwartung ausgesprochen, daß in Zukunft die Zentralkommission mehr als bisher ihre Pflicht erfüllt und die Sektionsleiter besser unterstützt. — Kollegen! Agitiert in Eurem Berufe, bis auch der letzte Klavierarbeiter dem Verband angehört. Erst dann wird es möglich sein, in Liegnitz wieder einmal daranzugehen, eine Erhöhung der Löhne und eine Hebung der Lebenslage der Klavierarbeiter zu erreichen. Es ist dringend notwendig, in Zukunft die Versammlungen besser als bisher zu besuchen.

Mewe a. d. Weichsel. Ein wahres Eldorado für Tischlergesellen ist der Betrieb der Firma Philipp hier. Dieser Herr glaubt jetzt in der Krise alles mit seinen Leuten machen zu können, zumal der Betrieb von Arbeitslosen überlaufen wird. Oft kommt es vor, daß die Kollegen nur 3,50 bis 6 Mk. pro Woche verdienen, es mußten aber auch schon Kollegen ohne Geld am Schlusse der Woche nach Hause gehen. Es ist deshalb kein Wunder, daß der Betrieb einem Taubenschlage gleicht, zumal der Chef des Betriebes, Herr Philipp, sich selbst einen Tarif ausgearbeitet hat, den er je nach Laune erhöht und erniedrigt, so daß die Kollegen gar nicht wissen, wofür sie arbeiten. So ist es vorgekommen, daß ein Kollege Tische machen mußte, die in dem Tarif mit 4 Mk. das Stück verzeichnet waren. Bei Uebernahme der Arbeit wurde auch dieser Preis vereinbart. Inzwischen bekam der Herr aber wieder seine Launen und kürzte die Preise wieder im Tarif. Danach sollte der Preis eines Tisches jetzt 2,50 Mk. betragen. Genannter Kollege glaubte, daß das auf die angefangene Arbeit nicht Bezug habe und arbeitete an den Tischen ruhig weiter. Als die Arbeit fertig war, bekam er noch 2,50 Mk. für die ganze Woche ausbezahlt mit dem Hinweise, daß es nur 2,50 Mk. für das Stück gebe. Kollegen von Mewe, soll es besser werden, so sorgt vor allen Dingen dafür, daß der Holzarbeiterverband auch bei Euch immer mehr Eingang findet, denn nur durch eine geschlossene Organisation können solche unwürdigen Zustände beseitigt werden.

Michelau. Hier war die Korbmacherversammlung am 17. Januar sehr stark besucht. Nach dem Referat des Kollegen Hesse versuchte Krüger sich als den guten Mann hinzustellen, der für die Korbmacher schon sehr viel getan habe, um die lieben Schäflein in Michelau noch länger scheren zu können. Krüger wurde die gebührende Antwort zuteil. Aber auch in Michelau ist die Stimmung für uns eine andere geworden, und wenn wir umständehalber die Versammlung abbrechen mußten, so hoffen wir trotzalledem, auch in diese Zwingburg der Genossenschaft noch einzudringen.

Mitwitz. Hier war die Korbmacherversammlung am 16. Januar stark besucht, und mag der neuerdings geplante Abzug bei den Geschoßkörben von 1,70 Mk. auf 1,28 Mk. sehr viel dazu beigetragen haben. Die Erregung ist unter

den Geschoßkorbmachern eine sehr große. Was die Leute niemals glaubten, daß die Akkordlöhne noch weiter gedrückt werden, ist um so schlimmer eingetreten. Ein Notschrei geht durch den ganzen Bezirk, der Lohn soll auf das gleiche Niveau heruntergedrückt werden, wie dies bei den anderen Branchen der Korbmacher im Lichtenfelser Bezirk der Fall ist. Die organisierten Korbmacher haben dies längst erkannt, seit länger als einem Jahr kämpfen die norddeutschen Korbmacher dagegen, jedoch vergebens. Die meisten Körbe wurden nach Oberfranken durch die Herren Krüger, Schrader usw. gebracht, die Korbmacher dort zu Lohndrückern gemacht, ohne daß sie es so recht wußten, weil sie doch noch etwas mehr verdienten als bei den früheren Artikeln. Die Erkenntnis bricht sich jetzt um so schneller Bahn, wir können aber mit dem Erfolg so lange nicht zufrieden sein, solange nicht der letzte Geschoßkorbmacher zu uns gehört. Es mögen deshalb die Worte der Kollegen Stein wie Lieb beherzigt und danach gehandelt werden, dann kann Abhilfe geschaffen werden.

Pasing. (Vergolder.) Der bekannte Vergolder Robert Riese hat auch hier ein kurze Gastrolle gegeben. Als er aber merkte, daß die Kollegen der Münchener Leistenfabrik von seinen Heldentaten beim Streik bei der Firma Gruhl in Magdeburg unterrichtet waren, zog er es vor, nach vier Tagen wieder heimlich zu verduften, doch nicht, ohne vorher eine Probe von seinen Fähigkeiten abzulegen. Er hat noch schnell einen Kollegen bei der Betriebsleitung denunziert, der auch prompt am folgenden Tage entlassen wurde. Der Arbeiterausschuß wurde deswegen vorstellig, doch erklärte die Geschäftsleitung, den entlassenen Kollegen des schlechten Geschäftsganges wegen nicht wieder einstellen zu können, doch solle die Einstellung erfolgen, wenn sich der Geschäftsgang wieder hebt. — Wir kennen diese Redensarten und wissen, was wir von ihnen zu halten haben. — Dann möchten wir noch alle Kollegen unserer Branche darauf aufmerksam machen, bei etwaigem Arbeitsuchen sich nur an den hier bestehenden Arbeitsnachweis zu wenden, widrigenfalls dieselben die Konsequenzen zu tragen haben. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse hier sind nämlich die denkbar schlechtesten. Abgesehen von einigen Paradepferden schwanken die Löhne der gelernten Vergolder von 3—4 Mk. pro Tag. Die Kollegen, welche hier auslernen, speist man sogar mit 2,50 Mk. pro Tag ab. Kollegen, meidet Pasing so viel wie möglich, sonst können wir hier niemals Remedur schaffen. Die Pasinger Kollegen werden von nun an wohl ein wenig mehr zusammenhalten, damit die Schlafkrankheit nicht noch mehr Wurzel faßt.

Weißensee. In der letzten Generalversammlung unserer Zahlstelle gab Kollege Ebert den Jahresbericht. Er wies darauf hin, daß schon zu Anfang des Jahres die Krise einsetzte, die auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Kollegen einen Druck ausübte. Demzufolge konnte von vornherein an eine Besserstellung der Kollegen und der Zahlstelle keine Rede sein. Daß wir infolge dieser Erscheinungen auch einen Mitgliederverlust zu verzeichnen haben, ist erklärlich. Trotzdem ist es von großem Wert, daß wir unsere Stellung behauptet haben. Auch die finanzielle Seite konnte zugunsten der Zahlstelle geregelt werden. Um aber auch fernerhin denjenigen Kollegen gerecht zu werden, die auf Grund des Statuts Unterstützung nicht mehr beanspruchen konnten, beschlossen die arbeitenden Kollegen, Extrabeiträge einzuführen. Dank der Opferwilligkeit konnten zur gegebenen Zeit Unterstützungen an Ausgesteuerte gezahlt werden. Um weiter zu einer besseren Regelung der Zahlstelle zu kommen, beschloß man im Laufe des Jahres die Einführung der zweitägigen Karenzzeit zur Krankenunterstützung. Die Maifeier hatte trotz der ungünstigen Lage eine gute Beteiligung. Das Gleiche war auch in allen Versammlungen und Veranstaltungen zu verzeichnen. Pflicht der Mitglieder muß es sein, auch weiterhin für den Ausbau der Organisation Sorge zu tragen. Auf Grund einer intensiven Agitation kann und muß jeder uns noch fernstehende Kollege für uns gewonnen werden. Auch diejenigen, die während der Krise das Weite gesucht haben, werden über kurz oder lang zu der Einsicht kommen, daß es nur der Holzarbeiterverband ist, der die Interessen der Arbeiter resp. seiner Mitglieder vertritt. Nachdem noch die Berichte der übrigen Funktionäre entgegen genommen waren, fand die Neuwahl der Verwaltung statt. Als Bevollmächtigter wurde Kollege Fritz Ebert wiedergewählt.

Wulsdorf. Unsere letzte Mitgliederversammlung beschloß einstimmig die Auflösung der Zahlstelle und den Anschluß an Bremerhaven. Die hauptsächlichsten Gründe dafür waren, daß befürchtet wurde, bei etwa bald wieder ausbrechenden Differenzen den Ansprüchen nicht genügen zu können. Man war der Ansicht, daß eine große Zahlstelle den Mitgliedern mehr Schutz verleihen kann. Hoffen wir, daß auch unter den neuen Verhältnissen die Organisation stetig Fortschritte macht. An Stelle der Zahlstelle Wulsdorf ist nun eine Sektion der Korbmacher in der Zahlstelle Bremerhaven errichtet. Daneben besteht ein Distrikt Wulsdorf derselben Zahlstelle. Zum Sektionsleiter wurde der bisherige Bevollmächtigte, Kollege Bliefert, gewählt.

— Wenn wir kürzlich berichteten, daß rein zahlenmäßig betrachtet, der Abschluß unseres Kampfes nicht ganz ungünstig war und wir gleich darauf von der Krisis im Gewerbe schrieben, so wollen wir heute ein Bild geben von den Arbeitsverhältnissen in einem der neu errichteten Betriebe. Keirat u. Co. ist der Name der Firma. Keirat war mit uns ausgesperrt worden und glaubte Vorteile aus dem Kampfe ziehen zu können. Sein Kompagnon ist ein sehr frommer Mann, den aber doch auch wohl der Mammon, den die hiesigen Meister in der guten Zeit eingestrichen hatten, verlockt hat, seinen Handel mit weißer Arbeit aufzugeben und Grünkorbmacherei anzufangen. Ein halbes Jahr besteht die Firma und sie war in dieser Zeit der reine Taubenschlag. In keinem Geschäft wechselten die Kollegen so oft wie bei Keirat, eine Folge der denkbar miserabelsten Arbeitsverhältnisse. Schlechtes, schlecht geweichtes, unpassend zugerichtetes Holz, bildete die Regel. Wenn hiergegen nicht längst Stellung genommen wurde, dann deshalb nicht, weil man sich ja in schlechter Zeit schon etwas mehr gefallen lassen muß und weil die Hoffnung bestand, daß es mit der Zeit besser werden würde. Statt dessen gesellten sich zu den angeführten Mängeln immer neue. Der verdiente Lohn wurde selten des Sonnabends voll ausbezahlt. Oft, wenn die Kollegen stundenlang auf ihr Geld gewartet hatten, mußten sie mit wenigen Mark und der Vertröstung nach Hause gehen, daß sie im Laufe der nächsten Woche den Rest haben sollten. Ein junger Kollege mußte sogar abreisen, ohne sein Geld und seine Papiere zu erhalten. Der fromme Kompagnon stellte sich noch obendrein entrüstet, daß der Kollege zur Erlangung wenigstens seiner Invalidenkarte die Polizei in Anspruch genommen hatte. Ein Anderer soll sein Geld nicht bekommen, weil er infolge der geschilderten Mängel ohne Kündigung aufhörte. Weil nun der Betrieb noch nicht lange besteht, mangelte es auch bald an Abfall zum Heizen und so mußten die Kollegen denn frieren oder Heizmaterial nehmen, wo sie es fanden. Gekauft wurde erst in den letzten Tagen etwas. Weil deshalb ein Kollege ein paar alte Körbe verbrannt hatte, entstand ein Heidenskandal, welcher mit der Entlassung des Sünders endete. Wer nur irgend Aussicht auf andere Arbeit hatte, verließ dies Dorado. Aber zwei unserer Verwaltungsmitglieder, welche keine Aussicht hatten, anderweitig unterzukommen, mußten aushalten. Dafür aber, daß der eine sich für den abgereisten Kollegen wegen des einbehaltenen Lohnes verwandt hatte, der andere bessere Heizung verlangte, wurden sie beide gekündigt, während einem Kollegen, welcher daraufhin selbst kündigte und der Jüngste in der Musterbude war, zugeredet wurde, zu bleiben. Gleichzeitig frug man ihn, ob er von den anderen zur Kündigung aufgehetzt sei. Daß die beiden Gekündigten die schlimmsten Hetzer genannt wurden, nur noch nebenbei. Eine treffliche Illustration zu der Mustergültigkeit des Betriebes mag die Tatsache bieten, daß nach Ablauf der Kündigung unserer offensichtlich gemaßregelten Kollegen, bei zwei nur noch übrig bleibenden Arbeitern, über 20 Kollegen in einem halben Jahre den Betrieb wieder verlassen haben. Wer also nach dem Geschilderten bei Keirat u. Komp. noch eine Gastrolle geben will, der eile, nach Wulsdorf zu kommen. In Sellstedt, wo nach unserer Aussperrung ein Teil der Kollegen dem Verband den Rücken kehrte, sind schon Abzüge angekündigt, bezw. müssen die Kollegen die zu verarbeitenden Spalten selbst reißen. In Donnern sind wegen Arbeitsmangel 6 Mann gekündigt, in Wulsdorf außer den Gemaßregelten und bereits Abgereisten noch 3 Mann bei C. Lange. Daneben werden fortgesetzt Körbe von auswärts bezogen.

Unsere Lohnbewegung.

Tarifverhandlungen für das Ruhrgebiet.

Auf Antrag des Vereins der Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen fand am 21. Januar dieses Jahres im Rathaus zu Essen unter dem Vorsitz des Beigeordneten Herrn Rath eine nachmalige Verhandlung über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages für das Schreinergewerbe in Rheinland und Westfalen statt. Der Deutsche Holzarbeiterverband war durch die Vorstandsmitglieder Leipart und Becker, nebst den beiden Gauvorstehern Hartung und Meyer vertreten, außerdem nahmen je einige Vertreter des christlichen Holzarbeiterverbandes und des Gewerkvereins an den Verhandlungen teil. Die Arbeitgeber waren durch 13 Delegierte ihrer obengenannten Organisation vertreten. Die Verhandlungen sind nach kurzer Dauer wieder gescheitert. Die Unternehmer verlangen nach wie vor einen einheitlichen Vertrag für den ganzen Bezirk, welches Verlangen die Arbeitervertreter mit der gleichen Entschiedenheit wie in den vorjährigen Verhandlungen ablehnten. Zum Abschluß von Verträgen für jeden einzelnen Ort waren die Arbeiter bereit, ebenso dazu, ein einheitliches Vertragsschema für diese einzelnen Ortsverträge zu vereinbaren. Da aber die Unternehmer keine Ortsverträge, sondern nur einen Bezirksvertrag wollten, und beide Parteien diese Frage als Prinzipienfrage behandelten, daher Aussichten auf Erfolg nicht gegeben waren, wurden die Verhandlungen abgebrochen.

In Hamburg befinden sich die Korbmacher bei der Firma Heitmann im Ausstand. Angesichts der in der letzten Zeit neu zur Vergebung gelangten Geschoßkörbe (Drillinge) machte die Firma den Kollegen schriftlich das Angebot, die Drillinge für 1,85 Mk. anzufertigen. Durch Verhandlungen konnte keine Einigung erzielt werden. Darauf wurden am Sonnabend, den 16. Januar, 36 Mann entlassen. Am 17. Januar fand eine Mitgliederversammlung statt, in welcher festgestellt wurde, daß die Firma Heitmann noch zirka 1000 Drillinge der alten Submission anzufertigen hat. Die Versammlung beschloß die Arbeitseinstellung des ganzen Betriebes, welche auch am Montag, den 18. Januar, erfolgt ist. Verlangt werden für Drillinge der alten Submission 2,75 Mk., der neuen 2,50 Mk. Durch Verhandlungen wurde bisher noch kein Resultat erzielt. Es befinden sich noch 69 Kollegen im Streik. Angesichts dieser Tatsachen ersuchen wir die auswärtigen Kollegen, Hamburg zu meiden.

In Meldorf dauert die Aussperrung bei Albers und v. Drathen unverändert fort. Die Firma hat jetzt 6 ungelernte Arbeiter eingestellt, die ihre Arbeitswilligkeit an den Maschinen betätigen. Wie weit die Firma mit dieser Hilfe kommt, bleibt abzuwarten.

In Neu-Ulm hat der Leistenfabrikant Geiß jun. einen seiner besten Arbeiter nach 17jähriger Tätigkeit entlassen. Vorgeschützt wurde die jetzige Geschäftsflaue. Im Geschäfte sind 11 Vergolder beschäftigt, alle ledig, bis auf den Entlassenen. Das Brutale dieser Maßnahme wurde von allen Beschäftigten auch derart empfunden, daß sie sich bereit erklärten, mit gekürzter Arbeitszeit vorlieb zu nehmen, um so die Entlassung zu verhindern. Da dieses Angebot vom Geschäftsinhaber abgelehnt wurde, blieb nur die Annahme übrig, daß es sich um eine Maßregelung des verheirateten Kollegen handeln könne. Die Richtigkeit dieser Annahme wurde auch durch die seitens der Organisation mit dem Herrn Geiß geführten Unterhandlungen bestätigt. Selbiger erklärte einfach: „Der Mann ist mir unsympathisch, deshalb habe ich ihn entlassen!" Also nach 17jähriger Tätigkeit war der Arbeiter unsympathisch geworden, deshalb entläßt man ihn. Herr Geiß ist einen seiner besten Arbeiter losgeworden, daran soll man den Herren nicht hindern. Allen zureisenden Vergoldern empfehlen wir, sich mit der Verwaltung der Zahlstelle Ulm ins Einvernehmen zu setzen, bevor sie ihre Arbeitskraft dem Herrn Geiß zur Verfügung stellen.

Aus der Holzindustrie.

Die Hirsche, die Christen und die Abrechnung.

In der letzten Nummer der „Eiche" wird viel Wesens davon gemacht, daß der Gewerkverein der Holzarbeiter im Jahre 1908 32 284,09 Mk. Arbeitslosenunterstützung an seine Mitglieder gezahlt habe. Die Zahl ist zwar nicht genau, denn es ist in ihr über 3000 Mk. enthalten, welche für Reise- und Wanderunterstützung ausgegeben wurde, und außerdem liegt die Abrechnung für das vierte Quartal noch nicht vor, so daß es sich nur um eine Schätzung handelt. Wir wollen nicht untersuchen, ob sich diese Schätzung weit von der Wahrheit entfernt, sondern die angegebenen Zahlen als richtig unterstellen, denn auch in diesem Fall liegt für den Gewerkverein durchaus kein Anlaß vor, mit seiner Leistungsfähigkeit zu renommieren. In dieser Beziehung haben aber die Hirsche noch nie an Bescheidenheit gelitten, und so ziehen sie aus den angegebenen Zahlen den Schluß: „Wenn wir die Mitgliederzahlen und den Organisationsbeitrag der anderen Holzarbeiterverbände gegenüber unserem Gewerkverein stellen und betrachten dazu die dort ausgezahlten Unterstützungen, dann zeigt sich, daß wir sehr wohl in der Lage sind, mit denselben zu konkurrieren."

Die „Eiche" ist auch vermessen genug, einen solchen Vergleich zu ziehen, sie läßt aber den Deutschen Holzarbeiterverband vorsorglich außer Betracht, obwohl ihr doch aus den regelmäßig veröffentlichten Abrechnungen dessen Zahlen genau bekannt sind. Bei einem Vergleich mit unserer Organisation und deren Leistungen würde die Schwäche der Hirsche so ins Auge fallen, daß sie es vorziehen, in diesem Zusammenhang den Deutschen Holzarbeiterverband als nicht vorhanden zu betrachten. Mit um so größerer Wollust stürzen sie sich aber auf die Christen, um zu beweisen, daß diese noch weniger leisten als der Gewerkverein. Ob diese Beweisführung schlüssig ist, haben wir nicht untersucht. Interessant ist nur die ganze Art der Polemik. Die Hirsche sowohl als die Christen halten ihre Abrechnung geheim. Nur gelegentlich, wenn es ihnen gerade paßt, bringen sie irgendeine Zahl in einem beiläufigen Artikel, um dort mit ihr zu jonglieren. Natürlich haben solche Zahlen durchaus keine Beweiskraft; ihre Richtigkeit läßt sich nur nachprüfen, wenn man die Abrechnung in ihrem Zusammenhang kennt. Zu ihrer Geheimhaltung werden wohl die beiden Kampfhähne hinreichend Grund haben, um so komischer nimmt es sich aus, wenn sie sich um einen gefundenen Brocken zanken, dessen Wert recht zweifelhaft ist.

Geht die „Eiche" den ihr bekannten Zahlen aus dem Deutschen Holzarbeiterverband sorgfältig aus dem Wege, so bekundet der christliche „Holzarbeiter" ein um so größeres Interesse an unseren Abrechnungen. Merkwürdigerweise findet er sich damit in seinem Briefkasten. Er hat die Einnahmen und Ausgaben unserer Organisation in den einzelnen Jahren ihres Bestehens, die wir in Nr. 52 der „Holzarbeiter-Zeitung" tabellarisch zusammengestellt haben, addiert und gefunden, daß am Jahresschluß 1907 ein Kassenbestand von 1 740 652 Mk. vorhanden sein mußte, während wir gelegentlich einer früheren Polemik mit dem Organ der Christen das Vermögen des Verbandes für den gleichen Termin auf 2 712 300 Mk. angegeben hätten. Von einem fingierten Fragesteller läßt sich der biedere Christ dieserwegen interpellieren und antwortet mit der unschuldigsten Miene von der Welt, daß er über die Abrechnungsmethode des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes keine Auskunft geben könne; er empfiehlt dem Fragesteller, sich mit irgendeinem Mitglied des sozialdemokratischen Verbandes dieserwegen in Verbindung zu setzen.

Diese Methode, unter der Maske des Biedermannes unserem Verband zu unterstellen, daß er in seinen Abrechnungen die Unwahrheit sage, ist echt christlich. Sie ist um so niederträchtiger, als der christliche Holzarbeiterverband in seiner eigenen Abrechnung zwischen den Begriffen „Bestand der Hauptkasse" und „Vermögen des Verbandes" sehr wohl zu unterscheiden weiß. In den Abrechnungen des christlichen Verbandes, die dieser früher auch unserem Verbandsvorstand zusandte, ist regelmäßig vom Verbandsvermögen die Rede, welches sich aus den Beständen der Hauptkasse und der Lokalkasse zusammensetzt. In der gleichen Weise wird auch das Vermögen unseres Verbandes festgestellt, nur daß zu den beiden genannten Posten auch noch der Bestand in den Gaukassen zugezählt wird. Seit einiger Zeit hat der christliche Holzarbeiterverband die Ueberweisung seiner Abrechnung an unseren Verbandsvorstand eingestellt, obwohl er von uns nach wie vor regelmäßig die wichtigeren Drucksachen erhielt. Das läßt auf ein recht schlechtes Gewissen in Kassenangelegenheiten schließen. Wer in diesen Dingen mit sauberen Händen dasteht, der kann über seine Kassenführung öffentlich Rechenschaft ablegen. Das tut von den drei Organisationen der Arbeiter in der Holzindustrie ausschließlich der Deutsche Holzarbeiterverband. Ebenso wie

der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein hält auch der christliche Holzarbeiterverband seine Abrechnung geheim, nur einem kleinen Kreis von Auserwählten wird Einsicht in diese Materialien gewährt. Solche Leute, die selbst anerkennen, daß ihre Rechnungsführung keine Kritik vertragen kann, sollten beim Verdächtigen anderer recht vorsichtig sein. In der Regel ist es der Spitzbube, der am lautesten „Haltet den Dieb!" ruft.

Späte Erkenntnis. Von seiten der maßgebenden Unternehmerorganisationen der Berliner Holzindustrie ist bekanntlich für den Sommer dieses Jahres eine Ausstellung von Wohnungseinrichtungen und Erzeugnissen der Berliner Holzindustrie geplant. In der Stadtverordnetensitzung vom 14. Januar stand nun ein Antrag zur Verhandlung betr. die Bewilligung von 5000 Mk. zur Beschaffung von Ehrenpreisen für diese Ausstellung. Bei dieser Beratung machte Herr Brunzlow, einer der Berliner Führer des Arbeitgeberschutzverbandes, folgende recht interessanten Ausführungen:

„Vor zwei Jahren haben wir einen Streik in der Holzindustrie gehabt, der zirka 25 000 Arbeiter und etwa 2500 Betriebe stillgelegt hat. Dieser Streik dauerte 5 Monate. Auf die Einzelheiten will ich nicht eingehen; das kann ich aber wohl sagen, daß dieser sowohl den Arbeitgebern wie den Arbeitnehmern Millionen gekostet hat. Nachdem der Streik beigelegt war und wir wieder die Betriebe öffnen und die Arbeiter beschäftigen konnten, waren die Aufträge, die inzwischen hätten ausgeführt werden können, vergeben, viele nach auswärts und einzelne auch in Berlin. Die Kundschaft, die sich während dieser 5 Monate nicht befriedigt fand, hatte sich auch verlaufen, und es waren nur wenige Aufträge vorhanden, die ausgeführt werden konnten. Es ist selbstverständlich, daß die Berliner Kunden inzwischen ihren Bedarf von auswärts bezogen hatten. Daher konnten die Betriebe, nachdem sie geöffnet waren, nur wenig beschäftigt werden. Die auswärtigen größeren Städte haben das wohl bemerkt und daraufhin Ausstellungen entriert. In den letzten Jahren haben in Dresden, München, Stuttgart, Darmstadt usw. ganz bedeutende Ausstellungen im Möbelfach stattgefunden; die Kommunen dieser Städte haben auch ganz erhebliche Beiträge zu diesen Ausstellungen geleistet. Die Berliner Holzindustrie hat sich aus diesem Grunde wohl oder übel gezwungen gesehen, gleichfalls eine Ausstellung zu beschließen, und hat dazu die Ausstellungshallen am Zoologischen Garten vom 1. Mai bis 1. September gemietet, um hier für Berlin eine würdige Ausstellung zu machen und der Berliner Industrie die Kundschaft wieder zuzuführen. Die Ausstellung soll eine sehr würdige sein; aus diesem Grunde hat das Komitee den Antrag gestellt, die Stadtverwaltung möge 5000 Mk. für Ehrenpreise bewilligen. Ich hoffe, daß die Ausstellung gut gelingen und den Berliner Verhältnissen vorteilhaft sein wird, so daß Berlin wieder auf die frühere Höhe der Holzindustrie gebracht werde. Ich bitte, dem Antrage zuzustimmen."

Soweit Herr Brunzlow in der Berliner Stadtverordnetensitzung. Abgesehen davon, daß der Herr in seiner Rede wieder in den alten Irrtum verfällt, von einem Streik zu sprechen, während es sich in dem Kampf vor zwei Jahren bekanntlich um eine Aussperrung handelte; ferner, daß er wieder die Zahl der von der Aussperrung betroffenen Arbeiter doppelt so hoch angibt, als sie tatsächlich war, beanspruchen diese Ausführungen unser besonderes Interesse wegen des Zugeständnisses, das sie enthalten. Also die frühere Kundschaft der Berliner Möbelindustrie hat sich infolge der langwierigen Aussperrung von 1907 von dem Berliner Markt ab- und dem Provinzmarkt zugewandt. Dadurch hat die Berliner Möbelindustrie schweren Schaden erlitten. Wir haben schon vor und während des Berliner Kampfes auf diese Folge der Aussperrung hingewiesen, jetzt bestätigt Herr Brunzlow, daß das, was wir voraussahen, nur zu sehr eingetreten ist. Ob die Scharfmacher der Berliner Möbelindustrie daraus die richtige Lehre ziehen und das Scharfmachen künftig lassen?

Der Schreinerlehrling als Kalkulator. In München wurden kürzlich die Schreinerarbeiten für die Großmarkthalle in Submission vergeben, dabei wurden folgende Unterschiede in den Angeboten der Meist- und Mindestfordernden festgestellt: Bei Los I höchste Offerte 6584 Mk., niedrigste 3024 Mk.; Los II: 9600 bezw. 2112 Mk. (!!); Los III 4200 Mk. bezw. 1120 Mk. und bei Los IV verlangte der Meistfordernde 6108 Mk., der Mindestfordernde 3485 Mk. Bei Los II und III war Schreinermeister Graßmeier der Billigste, als er aber sah, daß alle anderen Konkurrenten erheblich höhere Preise forderten, zog er seine Offerte mit der jedenfalls sehr bezeichnenden Motivierung zurück: „Sein 14jähriger Lehrling habe die Arbeiten berechnet und sich dabei offenbar geirrt." Der Magistrat entband hierauf den Schreinermeister Graßmeier von der eingegangenen Verpflichtung, beschloß aber zugleich, denselben auf die Dauer von zwei Jahren von der Lieferung städtischer Arbeiten, sowie auch von Submissionen auszuschließen. — Hoffentlich benutzt der Meister diese Zeit, seinem Lehrling die Kalkulation auf Grund des in München bestehenden Schreinertarifs anzulernen und nicht nach Lehrlingslöhnen und Lehrlingsarbeiten zu rechnen, — oder soll es der Herr Meister etwa selbst nicht können? — Angesichts der obigen Tatsache scheint solches der Fall zu sein.

Gewerkschaftliches.

Gründung des Zentralverbandes der Hausangestellten.

Eine Konferenz zum Zwecke der einheitlichen Organisation der Dienstboten hatte die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zum 17. Januar nach Berlin — Gewerkschaftshaus — einberufen. Aus folgenden Städten waren Delegierte von Vereinen von Hausangestellten erschienen: Berlin, Bremen, Breslau, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Kiel, Leipzig, Lübeck, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart. Von Heidelberg war nur ein Vertreter des Gewerkschaftskartells erschienen. Die Kartelle der genannten Orte waren ebenfalls zur Teilnahme an der Konferenz eingeladen und mit wenigen Ausnahmen vertreten. Das gewerkschaftliche Frauenagitationskomitee hatte Frau Boenig und Frau Ihrer entsandt. Für die fünf Städte-Frauenkommissionen waren Luise Zietz und Ida Baar, vom Arbeiterinnensekretariat Ida Altmann und Gertrud Hanna anwesend. Stark vertreten war auch die Generalkommission.

In einer Begrüßungsansprache bemerkte Genosse Legien, die Konferenz stehe vor einer sehr bedeutungsvollen Aufgabe. Gerade unter den Dienenden stellten sich der Organisation große Schwierigkeiten entgegen. Durch die lokalen Vereine in den verschiedenen Städten sei für eine einheitliche Organisation bereits eine Unterlage gegeben, und man dürfe hoffen, daß es gelingen werde, diese Vereine weiter auszubauen und neue erstehen zu lassen, um in absehbarer Zeit eine Organisation der Hausangestellten zu schaffen, die mit und neben den anderen Arbeiterverbänden eine wirksame Tätigkeit entfalten könne. Dazu bedürfe es allseitiger ernster und eifriger Mitarbeit. (Beifall.)

Die Tagesordnung der Konferenz lautete: Gründung eines Zentralverbandes der Hausangestellten. Beratung des Statuts. Beratung über Herausgabe einer Verbandszeitung. Wahl des Vorstandes. Nach einem einleitenden Vortrage des Genossen Bauer wurde einstimmig die Gründung eines Zentralverbandes der Hausangestellten Deutschlands beschlossen. Lebhaft diskutiert wurde die Frage, ob auch die männlichen Hausangestellten zur Mitgliedschaft zugelassen werden sollten. Nur vereinzelt haben die Dienstbotenvereine männliche Mitglieder aufgenommen. Die Konferenz entschied dahin, daß männliche und weibliche Mitglieder aufgenommen werden können. Als Zweck des Verbandes wurde festgelegt, die Förderung der wirtschaftlichen und geistigen Interessen seiner Mitglieder. Dies soll geschehen durch die Einwirkung auf die Gestaltung des Dienstvertrages, Gewährung von Krankenunterstützung und Rechtsschutz, Errichtung kostenloser Stellennachweise für die Mitglieder, obligatorische Lieferung des Verbandsorgans und Pflege der Geselligkeit und der Solidarität durch Abhaltung regelmäßiger Versammlungen und Veranstaltung aufklärender Vorträge. Ein Antrag, ein Eintrittsgeld von 20 Pf. zu erheben, fand Annahme. Als monatlicher Beitrag wurden 40 Pf. festgesetzt. Wo jetzt höhere Beiträge erhoben werden, soll der Ueberschuß als Lokalbeitrag gelten. Als Krankenunterstützung zahlt der Verband nach einjähriger Mitgliedschaft bis zu 18 Mk., und zwar pro Woche 3 Mk. von der zweiten Woche an; bei zweijähriger Mitgliedschaft erhöht sich die Unterstützung bis zu 21 Mk. Freier Rechtsschutz wird den Mitgliedern nach 3 Monaten Mitgliedschaft gewährt in Streitigkeiten, die aus dem Dienstverhältnis entspringen.

In bezug auf den Stellennachweis hatte die Generalkommission vorgeschlagen, daß die einzelnen Ortsgruppen mit der Zustimmung des Verbandsvorstandes Stellennachweise errichten können, sofern nicht am Orte ein städtischer Arbeitsnachweis vorhanden ist, dessen Einrichtungen den von der Arbeiterschaft zu stellenden Ansprüchen genügen und auf dessen Verwaltung der Arbeiterschaft Einfluß zusteht. Die Konferenz entschied sich für den Vorschlag der Generalkommission mit dem Zusatz, daß die städtischen Nachweise auch den Ansprüchen der Verwaltung des Verbandes genügen müßten.

Zur Frage des Verbandsorgans lagen verschiedene Anträge vor. Von Hamburg war beantragt, die „Gleichheit" einzuführen; der Berliner Verein trat für die jetzt bestehende und in 11 Städten vorbereitete Monatsschrift ein; die Generalkommission beantragte, der Verband solle das Berliner Organ übernehmen und als Verbandszeitung obligatorisch einführen. Genossin Zietz trat für die „Gleichheit" ein, die eventuell ein eigenes Beiblatt für die Dienstboten herausgeben werde, um damit den Ansprüchen des Verbandes zu genügen. Genosse Bauer erklärte, daß man aus Zweckmäßigkeitsgründen auf ein eigenes Fachorgan nicht verzichten könne. Genossin Baar wünschte, die einzelnen Orte, besonders Hamburg, möchten sich die „Gleichheit" durch Erhebung eines Lokalzuschlages erhalten.

Die Konferenz nahm den Antrag der Generalkommission an. Die Zeitung erscheint als Fortsetzung der Berliner Monatsschrift und führt auf Antrag des Mannheimer Vereins den Titel: „Zentralorgan des Verbandes der Hausangestellten Deutschlands". Die Zeitung wird herausgegeben in Berlin, dem Sitz des Verbandes, und wird von der Vorsitzenden des Verbandes redigiert. Als Vorsitzende wird die Genossin Baar gewählt. Als Sitz des Ausschusses bestimmte die Konferenz Hamburg und als Vorsitzende des Ausschusses Genossin Kähler. Die Bestimmungen für den Verband treten am 1. April in Kraft.

Die Statuten werden im übrigen wie von der Generalkommission vorgeschlagen, angenommen. Zum Schluß wurde noch die Notwendigkeit der Mitwirkung der Gewerkschaftskartelle bei der neuen Organisationsarbeit betont und der Wunsch ausgesprochen, daß die Kartelle Einrichtungen treffen, um stellenlosen oder reisenden Mädchen Unterkunft zu gewähren.

Ein Kongreß der Tabakarbeiter tagte vom 18. bis 20. Januar in Berlin, um gegen die Tabaksteuervorlagen zu demonstrieren. Der Kongreß war von den Tabakarbeitern ganz Deutschlands sowie von Vertretern der Hilfsindustrien sehr zahlreich beschickt. Wie in der Schlußsitzung festgestellt wurde, vertrat der Kongreß 168 000 Tabakarbeiter. Ausdrücklich wurde konstatiert, daß es sich nicht, wie es in einigen bürgerlichen Blättern hieß, um eine Veranstaltung des Tabakarbeiterverbandes und des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins, sondern um eine Vertretung der gesamten Tabakarbeiterschaft, ohne Rücksicht auf deren gewerkschaftliche oder politische Parteizugehörigkeit handelt. Aus diesem Grunde wurde auch die beantragte Feststellung über die Organisationszugehörigkeit der Delegierten abgelehnt. Es sollte vermieden werden, den Anschein zu erwecken, als wollte man diese Gelegenheit zu einer Agitation für die Gewerkschaften ausnützen.

Eingeleitet wurden die Verhandlungen durch ein ausführliches Referat v. Elms, an welches sich eine sehr ausgedehnte Debatte knüpfte. An dieser beteiligten sich Tabakarbeiter der verschiedenen Branchen aus allen Teilen des Reichs; auch Vertreter der Hilfsindustrien, wie Kistenmacher, Lithographen, Buchbinder kamen zum Wort. Alle stimmten darin überein, daß die Annahme der Tabaksteuervorlagen eine schwere Schädigung für die Industrie bedeuten würde; für einen sehr erheblichen Teil der Tabakarbeiter, die ohnehin in den kümmerlichsten Verhältnissen leben, wäre die Annahme der Vorlage gleichbedeutend mit der Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Existenz.

Das Ergebnis der Verhandlungen war die einstimmige Annahme einer längeren Resolution, in welcher zum Ausdruck gebracht wird, daß der von 345 Delegierten aus 758 Orten besuchte Kongreß, welcher 168 245 Arbeiter vertritt, in der von der Regierung vorgeschlagenen Tabakverbrauchssteuer eine schwere Schädigung der gesamten Industrie erblickt. Es wird dann weiter ausgeführt, daß die Banderolesteuer in den Ländern, wo sie eingeführt ist, die Entwickelung der Industrie gehemmt hat, daß der Kongreß sich aber mit der gleichen Entschiedenheit wie gegen die Banderolesteuer auch gegen die Erhöhung des Zolles auf ausländischen Tabak und der Inlandssteuer ausspricht. Nach einem Hinweis auf die schwere Schädigung, welche die Zollerhöhung vom Jahre 1879 den Tabakarbeitern gebracht hat, und einer Schilderung der traurigen Erwerbsverhältnisse der Tabakarbeiter an der Hand der Berichte der Berufsgenossenschaften richtet der Kongreß die Bitte an den Reichstag, nicht nur die Regierungsvorlage, sondern jeden Vorschlag auf eine Mehrbelastung der Industrie durch erhöhte Zölle oder Steuern abzulehnen. Auch an die Reichsregierung, an den Bundesrat und den Reichstag wird das dringende Ersuchen gerichtet, die Tabakindustrie vor den fortgesetzten Beunruhigungen durch immer neue Steuerprojekte zu bewahren. — Es wäre dringend zu wünschen, daß der Protest seine Wirkung nicht verfehlt. Leider ist die Hoffnung, daß es den Tabakarbeitern gelingt, dieses Attentat auf ihre Existenz abzuwehren, nicht sehr groß.

Im Brauereinarbeiterverband wurden im Jahre 1908 in 160 Orten 218 Lohnbewegungen zu Ende geführt. Sie erstreckten sich auf 433 Betriebe und umfassen 12 340 Personen. Am 1. Januar 1909 waren unerledigt bezw. wurden verschoben 33 Lohnbewegungen, umfassend 93 Betriebe mit rund 6400 Personen. Der Ausgang der beendeten Lohnbewegungen war:

	Bewegungen	in Betrieben	mit Person.
Erfolgreich	154	331	10 489
Teilweise erfolgreich	48	72	1 381
Erfolglos	16	30	470

Es fanden ihre Erledigung:

	Bewegungen	in Betrieben	mit Person.
Mit Streik	38	47	901
Durch erfolgreiche Verhandlungen . .	180	386	11 439

Tarifverträge und Abmachungen mit den Unternehmern wurden im Jahre 1908 177 vereinbart.

Unternehmerbewegung.

Eine Kriegsandrohung des bayerischen Scharfmachertums.

Der Bayerische Industriellenverband, der jetzt 4000 Industrielle umfaßt, läßt sich in seinem Jahresbericht für 1908 über die Geschäftslage wie folgt aus: „In den diesjährigen Berichten sind die Klagen über Arbeitermangel, Wagenmot und dergleichen durch weit schwerwiegendere, über starke Rückgänge der Geschäftslage, Beschäftigungslosigkeit und Betriebseinschränkungen ersetzt worden, von denen nur wenige Werke verschont geblieben sind. Der in- wie der ausländische Markt waren mit Vorräten überfüllt, so daß Geschäfte überhaupt nur zu den denkbar niedrigsten Preisen abgeschlossen werden konnten. Daneben ging auf der anderen Seite eine allgemeine Steigerung der Erzeugungskosten, sowohl der Rohstoffe wie der Löhne, wie bei einzelnen Sparten in Zeiten der voraufgegangenen guten Geschäftskonjunktur eine ungewöhnliche Höhe erreicht hatten. Da die Aussichten in einer Reihe von Industriezweigen eine Besserung in absehbarer Zeit nicht erwarten lassen, sieht man sich vor die Notwendigkeit gestellt, an Lohnherabsetzungen zu denken, so daß unsere Industrie in der nächsten Zeit mit Lohnkämpfen zu rechnen haben wird."

In diesem Jahre läuft eine große Anzahl von Tarifverträgen ab. Man sieht nun aus dem Bericht, daß das organisierte Scharfmachertum jetzt schon seine Pläne schmiedet, um den Arbeitern den Daumen aufs Auge zu drücken und ihnen unter dem Druck der Krise schlechtere Arbeitsbedingungen zu diktieren. Die Arbeiter sollen allein unter den Folgen unserer verrückten Wirtschaftsweise bluten. Der Unternehmergewinn soll unter keinen Umständen beschnitten werden. Aus den Dividendenverteilungen der Aktiengesellschaften merkt man nicht, daß der Entbehrungslohn der Aktionäre merklich beschnitten wäre.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Ein verurteilter christlicher Lügenpeter. Der vormalige Redakteur der „Gewerkschaftsstimme", des Organs des christlichen Hilfs- und Fabrikarbeiterverbandes, Johannes Wolf, wurde wegen Beleidigung der „Münchner Post" zu 100 Mk. Geldstrafe oder 10 Tagen Haft, zur Tragung der Kosten und Publikation des Urteils in der „Münchner Post", in der „Gewerkschaftsstimme" und im „Neuen Münchner Tageblatt" vom Schöffengericht München I verurteilt. Wolf beschimpfte die „Münchner Post" als ein Lügenblatt, sprach von Verdächtigungen gegen die christlichen Arbeiter, von Lügenmaterial, Denunziationen, gestohlenen Manuskripten und dergleichen. Vor Gericht ließ der tapfere Christenheld durch seinen Rechtsbeistand erklären: „Er sei nicht in der Lage, Material vorzulegen". Dieses Mal gab es also einen Klaps auf das christliche Lügenmaul.

Eingesandt.

Zentralkommission der Hartgummidrechsler Deutschlands.

In der am 18. Januar stattgefundenen Sektionsversammlung der Zahlstelle Kassel wurden folgende Kollegen in die Kommission gewählt: E. Scherber, Chr. Paul, Fr. Nolte, L. Schwarz und H. Loeber. Bei der darauf stattfindenden Konstituierung wurden der Kollege E. Scherber zum Vorsitzenden und Fr. Nolte zum Schriftführer gewählt, und sind alle Zuschriften an den Unterzeichneten zu senden.

Wir machen ferner diejenigen Orte, welche mit ihren Fragebogen noch im Rückstande sind, darauf aufmerksam, uns dieselben unverzüglich zuzusenden, da der Termin schon weit überschritten ist.

Die Zentralkommission der Hartgummidrechsler Deutschlands.
J. A.: E. Scherber,
Kassel, Weißenburgstr. 5.

Bekanntmachung.

Am 18. Januar 1909 hat die Neuwahl der Zentralkommission der Vergolder stattgefunden. Sie besteht aus folgenden fünf Kollegen: Karl Langner, Heinrich Späthe, Emil Oehlert, Otto Schulze und Georg Hahn. Alle Zuschriften an die Zentralkommission sind an den 1. Vorsitzenden Karl Langner, Berlin NO. 18, Landsberger Straße 108, Aufgang 1, 3 Treppen, zu richten.

Zentralkommission der Korkarbeiter.

Die auf der Konferenz der Korkarbeiter ins Leben gerufene Zentral-Kommission der Korkarbeiter ist in der am 19. Januar stattgefundenen Versammlung der Sektion der Korkarbeiter Hamburgs gewählt worden. Alle die Zentralkommission der Korkarbeiter, sowie deren Arbeitsnachweis betreffenden Zuschriften sind zu richten an:
A. Kaphengst, Hamburg, Greifswalderstr. 17 II.

An die Vertrauensmänner der Stock- und Kammindustrie und die Funktionäre des Verbandes.

Unterzeichnete Kommission ersucht dringend um Rücksendung des Fragebogens betreffend die Brandgefahr in Zelluloidbetrieben, damit endlich mit der Verarbeitung des Materials begonnen werden kann. Es ist bedauerlich, daß bis jetzt noch nicht die Hälfte der Fragebogen eingegangen sind.

Die Zentralkommission für die Stock-, Kamm- und Haarschmuckindustrie
Der Obmann: Jul. Hildebrandt, Rixdorf, Selchower Straße 6 III.

Literarisches.

„Neue Fahrt", Gedichte von Otto Krille, mit Illustrationen und Titelbild von Felix Hollenberg. Verlag von Johann Sassenbach-Berlin. Preis 1 Mk.

Tagebuch einer Verlorenen. Von einer Toten. Ueberarbeitet und herausgegeben von Margarete Böhme. Illustrierte Ausgabe in 20 Lieferungen zu je 20 Pf. Heft 1—3.

Gute Literatur. Nach Ablauf eines Halbjahrganges der Wochenschrift „In Freien Stunden" erscheinen diese Hefte zu einem Bande vereinigt. So ist jetzt der zweite Band des Jahrganges 1908 erschienen. Das 620 Seiten starke Buch enthält den Roman „Der Haiduck" von Bucura Dumbrawa. Außerdem erwähnen wir aus dem reichhaltigen Inhalt noch: „Nantas", Novelle von Emile Zola, „Der graue Papagei", Humoreske von W. W. Jacobs, „Fräulein Holladay", Roman von Burton Stevenson. „Unbezahlte Schuld", Erzählung von Andreas Stroinski, „Wie Joggeli eine Frau sucht", Erzählung von J. Gotthelf, „Der Pauker von Nicklashausen", Erzählung von Robert Schweichel, „Bruder Hutchins", Humoreske von W. W. Jacobs. Kurze Studien aus allen Wissensgebieten, sowie die Rubriken „Dies und Jenes" und „Witz und Scherz" vervollständigen den Inhalt des Buches.

In Arbeiterfamilien wird der neue Band der „Freien Stunden" noch mehr Freunde finden wie die bisherigen, und auch die Bibliotheken sollten nicht versäumen, diesen Band zu erwerben. Preis in Leinen gebunden 3,50 Mk., in Halbfranz 4 Mk. Bei dieser Gelegenheit sei auch auf die früher erschienenen Bände hingewiesen, über die der Verlag — Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68 — ein Verzeichnis kostenfrei versendet.

Briefkasten.

Pr. Holland. K. Die Ansicht, daß der Umzug des Vorstandes von Stuttgart nach Berlin nicht unbedingt erforderlich war, ist auch von anderen Kollegen geteilt worden. Es empfiehlt sich, die Diskussion, die über diese Angelegenheit auf dem Verbandstag in Stettin gepflogen wurde, im Protokoll nachzulesen. Aus demselben ist insbesondere auch die Stellung zu erkennen, welche die besoldeten Vorstandsmitglieder zu der Frage eingenommen haben. Die Vertreter der Mitglieder haben die Sitzverlegung mit 102 gegen 46 Stimmen beschlossen. Der Umzug entsprach also dem Verlangen der großen Mehrheit der Mitglieder und mußte, unbekümmert um die Wünsche der Nächstbeteiligten, ausgeführt werden. Auf die Tatsache, daß der Umzug mit erheblichen Kosten verknüpft sein würde, ist auch schon auf dem Verbandstag hingewiesen worden, doch ist diesem Argument, wie die Abstimmung zeigt, eine entscheidende Bedeutung nicht beigemessen worden. Die wirklichen Umzugskosten sind übrigens hinter den auf dem Verbandstag geäußerten Schätzungen ganz bedeutend zurückgeblieben.

Brieg. M. Die Annahme, als ob in kleineren Zahlstellen der Verbandsbeitrag niedriger als 50 Pf. sei, ist irrig. Der 50 Pf.-Beitrag ist das mindeste, was erhoben wird, in vielen Zahlstellen, auch kleineren, wird daneben noch der Lokalzuschlag bezahlt. Für weibliche Mitglieder beträgt der Grundbeitrag 25 Pf. Dieser Beitrag wird auch von jugendlichen männlichen Mitgliedern (unter 17 Jahren) erhoben, doch ist für die Aufnahme solcher Mitglieder die ausdrückliche Zustimmung des Verbandsvorstandes erforderlich.

Durlach. Es sollte doch nun endlich bekannt sein, daß die Einsendungen neben dem Stempel der Zahlstelle auch die Unterschrift des Einsenders tragen müssen.

Magdeburg, E. S. Die Einsendung ist zum Abdruck nicht geeignet.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(E. H. 3 in Hamburg).

Am 19. dieses Monats ist nach allen Verwaltungsstellen die Abrechnung für das dritte Quartal, die neue Instruktion und je zwei Exemplare des Protokolls vom „Verband freier Krankenkassen" versandt worden.

Etwaige Reklamationen wegen nicht Einganges des Vorstehenden wolle man umgehend an den Vorstand gelangen lassen.

Der Vorstand. J. A.: G. Blume.

Kollegen! Abonniert das Fachblatt für Holzarbeiter.

Versammlungs-Anzeiger.

Geroldsgrün. Die Mitgliederversammlungen finden statt jeden ersten Samstag im Monat, abends 7½ Uhr, bei Kollege Götz.

Anzeigen.

Demmin. Die Reise- und Lokalunterstützung zahlt der Kassierer Franz Mahbauer, Markt 17, an Wochentagen abends 7—8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12—1 Uhr.

Leutkirch. Bevollmächtigter M. Fehr, [illegible]gasse 76 a B.-Haus II. Kassierer [illegible], Kempter 293. Letzterer zahlt die Reiseunterstützung. Die Herberge befindet sich im „Gasthaus zur Krone". — Die Mitgliederversammlungen finden jeden letzten Sonntag im Monat statt, vormittags 10 Uhr.

Neustadt a. d. Haardt. Die Reiseunterstützung zahlt der Kassierer Georg Schneider, Hauptstr. 120, mittags 12—1½ Uhr und abends 6—7 Uhr.

Schwerin i. Meckl. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Schweriner Gesellschaftshaus, Gr. Moor 51, geöffnet 6½—7½ Uhr abends. Umschauen streng verboten.

Spaichingen. Die Reiseunterstützung zahlt Kollege W. Steiner, Nudelgasse 125, mittags 12—1 Uhr und abends 6—7 Uhr. — Das Umschauen ist streng verboten.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Eitner, Schwalbacherstraße 7 I. Stb. l. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird im Gewerkschaftshaus, Wellritzstraße 41, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7—8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12—1 Uhr.

Heinrich Fries, Tischler, geb. 31. 8. 1882 in Sulzbach a. Main, wird gesucht. Kollegen, welche seinen Aufenthalt wissen, werden gebeten, seine Adresse an die **Ortsverwaltung Frankfurt a. M.** gelangen zu lassen.

Karl Hebekerl, Drechsler aus Altenburg bei Bernburg, wird um Angabe seiner Adresse gebeten. **W. Becker, Bernburg.**

Hans Puttinger aus Salzburg wolle seinem Vater ein Lebenszeichen geben. **Salzburg, Königgasse 31.**

Franklin Träger, Korbmacher, geb. 13. 12. 1880 zu Heubach, Kreis Hildburghausen, wird wegen Familienangelegenheiten gesucht. Kollegen, die seinen Aufenthalt wissen, wollen schleunigst die Adresse an die **Expedition der „Holzarbeiter-Zeitung"** mitteilen.

Louis Wilhelm, Tischler, geb. 7. 9. 1869 zu Charlottenburg, ist von Montabaur flüchtig. Den Aufenthalt wolle man dem **Hauptvorstand** mitteilen. Mitgliedsbuch ist ihm abzunehmen.

2 Stuhlmacher, welche mit Maschinen vertraut sind, gegen hohen Lohn gesucht.
Franz Babenhofer, Renchen, Baden.
Vom 2. Februar ab in **Brumath,** Elsaß.

Einen **Holzdrechsler** sucht zum sofortigen Eintritt **Dampfdrechslerei Schonath, Uhlstedt i. Thür.**

2 Korbmacher erhalten sofort dauernde Arbeit auf Ballon (à Stück 30 Pf. und einjähriges Holz), für Kost und Logis wird gesorgt.
R. Felsmann, Korbmachermstr.
Laasan i. Schl., Bahnstation Saarau.

Suche per sofort **2 Korbmacher** auf Mattarbeit. **H. Maag, Nienburg** a. Weser.

2 tüchtige
Korbmacher
auf [illegible] finden dauernde Beschäftigung gegen hohen Lohn.
G. [illegible],
Kopenhagen, Teglgaardsstraede 4².

Ein tüchtiger **Korbmachergehilfe** wird für dauernd auf Weiß und etwas grün Geschlagenes gesucht. Reisevergütung nach Uebereinkunft.
Friedr. Köpke, Wittenburg, Mecklenburg.

Jüngerer **Korbmacher** auf Geschlagenes gesucht.
Wilhelm Richter, Oberoderwitz, Sachsen.

Für dauernde Beschäftigung suchen wir sofort 2 tüchtige **Farbtamacher,** die auf bessere Ware gut eingearbeitet sind.
Aurich & Goedsche, Meerane i. Sa.

Gesucht per sofort ein **Piassavabeseneinzieher** und ein **Pecher,** welcher auch auf Pinsel arbeiten kann.
Gebr. Steinfeld, Westerstede i. Oldenbg.

Geübte Piassava-Mischer
finden dauernde und lohnende Beschäftigung bei **Cahn & Rheinauer, Mannheim.**

Einen tücht. jüngeren **Korksortierer** bei gutem Lohn u. dauernde Beschäftigung gesucht.
Felix Neumann,
Magdeburg, Kaiserstr. 101.

Bau- und Möbeltischlerei
mit Sarg- u. Möbelmagazin, gutgehend, mit Grundstück und Garten, wegen Todesfall sofort billig zu verkaufen oder zu verpachten.
Wwe. Claus, Landsberg, Bez. Halle a. S.

Zur Laubsägerei
Kerbschnitzerei :: Holzbrandmalerei
liefert am billigsten sämtl. Werkzeuge, Vorlagen, Holz usw. **J. Brendel, Mutterstadt 95, Pfalz.**
Reichhalt. Katalog gratis u. franko.
Laubsägeholz pr. Quadratmtr. von 1 Mark an.

Eingelegte Furniere
für Nähtische, Schatullen, Füllungen.
Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken.
Zahlreiche Anerkennungsschreiben.
E. Biller, Marqueteur, **Heidelberg**
Theater-Strasse 7.

Tischler-Fachschule.
Zeichner, Werkführer, Meister.
Neustadt i. Meckl.
Staatlich subv. Progr. kostenlos

Süddeutsche Tischler-Fachschule
Nürnberg, Kirchenweg 14. [illegible] Dir. Carl Maibaum.

Auf allen Gebieten der **Bauschreinerei, Kunst- und Möbelschreinerei, d. Zimmereigewerbes, d. Holzbildhauerei** erlangt man gediegene umfassende Kenntnisse durch die Selbstunterrichtswerke Syst. Karnack-Hachfeld. Glänzend. Erfolge. Prospekte und Anerkennungsschreiben gratis und franko. Ansichtssendungen bereitwilligst.
Bonness & Hachfeld, Potsdam-R. 1.

Größte deutsche Tischler-Fachschule Detmold
[illegible] Progr. frei. **Zum Selbstunterricht** [illegible] **f. Tischler, mit üb. 100 Abbild.** [illegible] **Direktor Reineking, Detmold.**

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik **Hamburg 23**

Nach meinem durch **zwei deutsche Reichspatente** gesch. neuen Polierverfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritlöslichem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht

:: :: **eine sofortige Porenfüllung** :: ::

man **erspart Material, Zeit, Arbeit,**

erzielt :::: edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes,

vermeidet Oelausschwitzen, Rissigwerden der Polturdecke, weisse Flecke, sowie Einschlagen der Politur.

Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet.

Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritlösliches Porenpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.

Ich versende zum Versuch ein Körbchen enthaltend:

1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren
1 „ Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren
1 „ Patent-Politur zum Reinpolieren
1 „ allerfeinsten Politur-Glanzlack, blond, zum Ausziehen von Kehlleisten usw.
1 „ allerfeinsten Kristall-Glanzlack, blond (Stuhllack, Drechsler-, Bildhauerlack)
1 „ Schleif- und Polleröl, gelblich
1 Dose Porenfüllpulver, feinste Marke „Hornol"
1 „ Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono"
1 „ Bimstein-Polierpulver, hellnussbraun
1 Tube Inkrustationskitt (Holzkitt), blond, zum Auskitten schadhafter Holzstellen
1 Stück Korkschleifklotz, 120×75×30 mm

zum Ausnahmepreis von **8 Mark** franko inkl. Emballage gegen Nachnahme.

Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat.

Bei Bestellungen genügt die Angabe: **1 Postkollo** zum Versuchspolieren à **8 Mark.**

Mein Lehrbuch über das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattsprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, **eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel.** Empfohlen und glänzend beurteilt von Prof. Dr. Mellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lenecek-Brünn, Prof. Ch. Herm. Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andés-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor J. Gossmann, München. **Preis Mk. 1.50.** Bei Auftragerteilung wird der Betrag zurückvergütet.

Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mark.

Verlag von Theodor Leipart in Berlin. Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68.